

# Metallarbeiter-Zeitung

### Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

ersch. wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röbstr. 16 a part.  
Telephonruf: Nr. 8892.

Insertionsgebühr pro sechsgeplatzte Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinsere finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** Exemplaren erscheint diese Ztg.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaftslage läßt sich zur Besundung weber zwingen noch überreden. Welche Mittel haben die Syndikate überreichlich versucht, der Misserfolg ist nicht ausgeblieben. Die Macht der Syndikate hat wohl dazu gereicht, die verbrauchenden Industrien bisher unter das Joch einer unünftigen Preispolitik zu zwingen, doch der Glaube, daß die Nichtermäßigung der Hochkonjunkturpreise eine Festigung der Märkte herbeiführen könnte, hat elend Schiffbruch gelitten. Selbst der amerikanische Stahltrust, der von Preisermäßigungen absah und die rigorosesten Betriebseinschränkungen zur Entlastung des Eisenmarktes in Anwendung brachte, hat sich jetzt doch zu Preisherabsetzungen genötigt gesehen. Alle die schönen Bilder von der fortschreitenden Befundung der wirtschaftlichen Verhältnisse Amerikas sind zerronnen. Die Pantees suchten diese Vorstellung von der stetigen Befundung wenigstens so lange aufrechtzuerhalten, bis die großen amerikanischen Eisenbahngesellschaften ihren Geldbedarf zum Teil in Europa gedeckt hatten. Nun waren die äußeren Anlässe zu den übertrieben günstigen Schilderungen in Wegfall gekommen, der Stahltrust jögerte dann nicht mehr, durch Preisermäßigungen eine Belebung des Konjunktur zu versuchen. Mit Ausnahme der Stahlchienen wurden für Stahlprodukte Preisherabsetzungen bis zu vier Dollar pro Tonne vorgenommen.

Die deutschen Eisenwerke mußten gleichfalls erkennen, daß die Konjunktur sich von ihren Programmen nicht meißern ließ. Die von ihnen und den zu ihnen gehörenden Werken zur Schau getragene Zuversicht, daß der Konjunkturstand im April seinen Tiefpunkt erreicht haben werde, war mehr denn trügerisch. Nicht nur die Befundung ist ausgeblieben, für viele Industriegebiete kam nicht einmal von einem weiteren Stillstand gesprochen werden, im Gegenteil: die Verschlechterung hat, besonders in der Montan- und Textilindustrie, weiter zugenommen. Diese Erkenntnis hat starke Verflummung hervorgerufen, die in der Haltung der Börse charakteristisch zum Ausdruck kommt. Die Rückgänge der Dividenden jener Gesellschaften, die ihr Geschäftsjahr am 30. Juni beschließen, bestreben nicht mehr, doch die ungünstigen Berichte über die Geschäftslage in der Montanindustrie verursachen einen um so größeren Mißmut, als man nach den Versicherungen der Großindustriellen mit dem Beginn des Sommers wenigstens auf eine leichte Befundung gerechnet hatte.

Der Stahlwerkverband hat im Monat Mai zwar eine Steigerung des Verkaufs in sämtlichen A-Produkten gegenüber dem Monat April 1908 um 42889 Tonnen zu verzeichnen gehabt, jedoch gegen den Mai 1907 ergibt sich ein Rückgang von 74462 Tonnen. In diesen Zahlen kommt aber die ganze Ungunst der Situation nicht zum Ausdruck, der offizielle Bericht erklärt, daß die Geschäftslage sich seit dem vorigen Monat wenig verändert habe. Entgegen allen bisherigen Erklärungen wurde der Beschluß gefaßt, für das dritte Quartal zur Unterstützung der heimischen Verbraucher den Verkauf von Halbzeug zu einem um 5 % ermäßigten Preise für diejenigen Abnehmer freizugeben, die bis zum 15. Juli dieses Jahres im Laufe des dritten Quartals getätigt werden. Das Syndikat will den Konsum zu schleunigen Bestellungen antreiben, denn sonst ist es unverständlich, warum die Preisermäßigung nur für Aufträge bis zum 15. Juli gelten soll. Daß der Verband überzeugt ist, daß gerade von diesem Tage an eine Wendung zur Befundung eintritt, wird er seine Abnehmer nicht glauben machen können. Die Preisermäßigung von 5 % für Halbzeug ist im Verhältnis zu den gesunkenen Preisen für Fertigfabrikate eine Unterstützung von sehr bedingtem Wert. Im Dezember des Vorjahres erfolgte die erste Ermäßigung um 10 %, nach der neuen Ermäßigung stellt sich der Halbzeugpreis auf 95 % für die Tonne, während in England bereits seit geraumer Zeit deutsches Halbzeug mit 75 bis 70 % verkauft wird. Zieht man selbst in Betracht, daß der Stahlwerkverband den deutschen Abnehmern bei der Ausfuhr eine Vergütung von 15 % gewährt, so erkennt man, daß die Syndikatspolitik, die darauf hinausläuft, bei nachlassendem Bedarf zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Preise im Heimatland den ausländischen Abnehmern auf Kosten des inländischen Konsums billigere Preise zu gewähren, fast ungeschmäler weiterbetrieben wird.

Das Düffelbacher Hoheisen Syndikat, das, zum Teil vielleicht nicht ohne Berechtigung, behauptet hat, zu seiner Festhaltung an den hohen Preisen durch die vom Kohlen Syndikat betriebene Preisgestaltung gezwungen zu sein, setzte am 15. Juni den Preis für Hämatit um 3 M pro Tonne auf 77 M ab Oberhausen herab, am 20. Juni erfolgte eine Ermäßigung der Preise für Buddel- und Stahlhoheisen um 4 M. Die Änderung der Preispolitik dieses Syndikats wurde bemerkt durch die Kündigung des Syndikatsvertrags seitens der Rheinischen Bergbau- und Huttenwesen Aktiengesellschaft. Dieses Unternehmen wird jetzt von dem Fürsten Guido Hündel von Donnersmarck beherrscht, dem auch das Eisenwerk Kraft bei Stettin gehört. Das Eisenwerk Kraft hatte den Vertrag mit dem Düffelbacher Syndikat bereits im August des Vorjahres gelöst, weil es freie Hand bei der Unterbringung der Produktion für das Geschäftsjahr 1907/08 haben wollte. Während das Hoheisen Syndikat die Preise unverändert hochhielt, konnte damals das Kraftwerk die ganze Produktion zu einem Preise, der sich 10 bis 15 M unter den Syndikatspreisen hielt, verkaufen. Die Rheinische Bergbaugesellschaft hat, gewiss im Sinne des Fürsten Hündel von Donnersmarck, bei seiner Kündigung erklärt, daß sie durchaus nicht grundsätzlich dem Anschluß an ein Hoheisen Syndikat abgeneigt sei, doch es müßte ein Zusammenschluß aller bestehenden Hoheisen Syndikate und eine Änderung der bisherigen Preispolitik erfolgen. Laut tritt jetzt die Unzufriedenheit

mit den Maßnahmen des Syndikats hervor, das zu außergewöhnlichen Produktionsbeschränkungen geschritten war, um Preisnachlässe zu vermeiden. Das Luxemburger Syndikat, das bei dem Düffelbacher Hoheisen Syndikat eine Verkaufsstelle für Thomas Hoheisen unterhält, hat den in Frage kommenden Vertrag ebenfalls gekündigt. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten dürfte die Gründung eines deutschen Hoheisen Syndikats, das das Rheinisch-Westfälische Hoheisen Syndikat, den Verein für Siegerländer Hoheisen, das Luxemburger Syndikat und das Obereschlesische Hoheisen Syndikat umfaßt, günstige Aussichten haben.

In einem krassen Gegensatz zu der mißlichen wirtschaftlichen Lage steht die eifrig betriebene Ausgabe von neuen Aktien und Anleihen der industriellen Aktiengesellschaften. Die Aktiengesellschaft Friedrich Krupp nimmt eine Anleihe von 50 Millionen Mark auf, die großen Elektrizitätsunternehmen beanspruchen bisher zusammen nicht weniger als 100 Millionen Mark. Die Allgemeine Elektrizitäts Gesellschaft wird 15 Millionen Mark Obligationen ausgeben, die Berliner Elektrizitätswerke beanspruchen 20 Millionen Mark, die Siemens & Halske Aktiengesellschaft wird 8,5 Millionen Mark neuer Aktien an den Markt bringen, die Aktiengesellschaft Siemens, Elektrische Betriebe, bedarf einer Anleihe von 7,29 Millionen Mark, die Elektrizitäts Aktiengesellschaft vormals Schuckert & Cie., Nürnberg, gibt Obligationen im Betrag von 15 Millionen Mark aus, die Deutsch-Österreichische Elektrizitäts Gesellschaft hat für sich 25 Millionen Mark in Obligationen aufgenommen. Die Reihe der Kapitalerhöhungen und der sonstigen Kapitalanprüche an den Geldmarkt ist schier endlos. Man hält jetzt die Zeit für gekommen, in einem immer schnelleren Tempo langgehegte finanzielle Projekte zur Ausführung zu bringen. Auch die Aktien der Julius Pintsch Aktiengesellschaft, die im März 1907 unter Übernahme der Firmen: Julius Pintsch, Glühlampenfabrik Gebrüder Pintsch und Gasapparate- und Maschinenfabrik Gebrüder Pintsch gegründet wurde, werden jetzt an den Börsenmarkt gebracht. Zu Aktien sollen 18 Millionen Mark ausgeben werden, ferner erfolgt die Aufnahme einer Anleihe im Betrag von 6,5 Millionen Mark.

Die Börse ist über diese gemaßigten Ansprüche nicht sonderlich erbauet, sie folgert, daß die Ausgabe von Aktien und Anleihen in erster Reihe erfolgt, um alte Bankschulden abzulösen. Auch jene Kapitalaufnahmen, die zum Zwecke von Betriebserweiterungen vorgenommen werden, können ihren Geffallen nicht erregen, sie befürchtet eine Beeinträchtigung der finanziellen Ergebnisse bei vielen der in Frage kommenden Gesellschaften, weil die Betriebserweiterung in günstiger Geschäftsperiode beschlossen wurde, ihre Durchführung aber in eine ungünstige Periode fällt und deshalb für manche Gesellschaft zu nicht unbeträchtlichen Belastungen führen kann.

Die Reichsbank hat nach der Diskontermäßigung am 4. Juni von 5 auf 4 1/2 Prozent zur nicht geringen Uberschussung bereits am 18. Juni eine erneute Preisherabsetzung auf 4 Prozent eintreten lassen. Dieses Ereignis rief selbst in den Kreisen der Börse Verwunderung hervor. Die enormen Ansprüche, die, wie erwähnt, die Industrie an den Geldmarkt stellt, und die Tatsache, daß zum Juli-termin aus der Ablösung von Hypotheken u. d. Geldanforderungen ohnedies stärker hervortreten, ließen diese Maßnahme um so unerwarteter erscheinen. Sie steht in einem ausgeprochenen Gegensatz zu der bisherigen Praxis der Reichsbank und läßt sich nur aus politischen Motiven erklären. Die Auffassung setzte sich durch, daß auch die Reichsbank durch ihre Maßnahme nach der Kriegserklärung Wilhelms II. auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz dem Ausland zeigen wollte, daß man in Deutschland an erste politische Verwicklungen nicht denke. Weitere Gründe der letzten Diskontermäßigung werden darin erblickt, daß jetzt auch 100 Millionen Mark pressenischer Schatzscheine und zugleich eineskonalionalerhehrensgebrach werden, für deren Unterbringung man gutes Wetter machen wollte.

Schroff spiegelt sich die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Statistik des Arbeitsmarktes für den Monat Mai wieder. Das Angebot von Arbeitskräften ließ sich erheben, daß nach den Ausweisen der öffentlichen Arbeitsnachweise, soweit sie an die Berichterstattung des Arbeitsmarktes angeschlossen sind, auf 100 offene Stellen im Mai 161,5 Arbeitsuchende gegen 141,8 im April und 103,7 im Mai des Vorjahres kamen. Der Umfang dieses Angebots läßt sich daran erkennen, daß im Mai des Jahres 1902, dem Reifjahre, auf 100 offene Stellen 172 Angebote zu verzeichnen waren.

Einen erfreulichen Ausblick bieten allein die Erntestandsberichte, die, wenn nicht schwere Witterung eintreten, eine gute Bellernte hoffen lassen. Die Zeit der wirtschaftlichen Depression bietet einen besonderen Anlaß zu einem Vorstoß gegen die deutsche Brottracherpolitik, die selbst bei glänzenden Ernten dank der hohen Zölle und der Prämien für die Ausfuhr von deutschem Getreide den Großgrundbesitzern ermöglicht, dem wertaktigen Velle schier unerreichungliche Getreidepreise aufzuerlegen.

## Ein „Bund der gewerblichen Arbeitgeber“.

**I.**  
X. Bei Gelegenheit einer Besprechung über den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeitskammern kam vor einiger Zeit das Scharfsamhaberblatt Die Post auch auf die Frage der politischen Organisation der gewerblichen Unternehmer zu sprechen. Das Blatt schrieb unter anderem:

„Die übereinstimmende Auffassung unserer Arbeitgeberkreise wird sich nur dann mit Erfolg durchsetzen können, wenn dahinter auch das nötige Maß von politischer Macht steht. Die Voraussetzung dafür bildet aber wiederum eine politische Organisation der gewerblichen Arbeitgeber, durch welche allein der Auffassung unserer Industrie und

sonstigen gewerblichen Arbeitgeberkreise der nötige politische Einfluß gesichert werden kann. Bietet man auf diesem Wege erreicht, zeigt das Beispiel des Bundes der Landwirte, welchen Industrie und Gewerbe einen ähnlichen politischen Einfluß auf unsere öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, wie ihn die Landwirtschaft längst besitzt, so werden sie sich diese zum Muster nehmen und sich vor allen Dingen nach Art des Bundes der Landwirte politisch organisieren müssen.“

Kurz danach nahmen auch andere ausgesprochene Unternehmerrichtungen zu der angeregten Frage Stellung. So schrieb die Berliner Politischen Nachrichten:

„Die Anregungen in der Presse, daß sich die gewerblichen Arbeitgeber, und zwar sowohl diejenigen der Großbetriebe wie der kleineren Betriebe, politisch organisieren möchten, erscheinen nur zu berechtigt. Vergleiche man den politischen Einfluß von Handel und Gewerbe in den politischen Körperschaften mit demjenigen der Landwirtschaft, so springt in die Augen, wie ungleich kräftiger die landwirtschaftlichen Interessen dort vertreten sind, als die des Gewerbe- und Handelsbetriebe. Auch erkennt man ohne weiteres, daß dieser stärkere Einfluß der Landwirtschaft in ursächlichem Zusammenhange mit der politischen Organisation der landwirtschaftlichen Interessen in dem Bunde der Landwirte steht. Eine ähnliche Organisation, wie die dieses Bundes, tut daher der gewerblichen Arbeitgeberkreise dringend not, wenn sie den ihr gebührenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ausüben will. Allerdings wird sich Handel und Gewerbe auch darin den Bund der Landwirte zum Muster nehmen müssen, daß die zu schaffen Organisation sich von jeder bestimmten politischen Parteilichkeit freihält, vielmehr ihre Kraft auf die wirksame Förderung derjenigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen konzentriert, die Gemeingut der gesamten gewerblichen Arbeitgeberkreise sind.“

Der Berliner Hauptstimmleiter, die sogenannte Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, fiel mit heißem Eifer über die Geschichte her und machte in einem halben Duzend Artikel ihrem auch so lange und schwer gepreßten Herzen ordentlich Luft. Man höre die wohlbekannten, giftig gewollenen Tiraden aus Nr. 14 des Blattes:

„In der Zeit ist es die höchste Zeit, daß mit der theoretischen Erwägung dieser Frage Schritt gemacht und zur Praxis übergegangen wird. Immer mehr stellt es sich heraus, daß die sozialpolitische Gesetzgebung den Parteien zum Spekulationsobjekt dient, mit deren Hilfe sie ihren Besitzstand zu erhalten und zu vergrößern suchen. Ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Tragweite ihrer Beschlußfassung weitern sie in dem Bestreben, die Lohnarbeiterpolitik gesetzlich zu privilegieren, und geben sich kaum noch die Mühe, dieses Bestreben mit jenen Sentimenten ethischer und sozialer Art, mit jener Philantropie zu maskieren, von denen sie ehedem in so überreicher Fülle Gebrauch zu machen liebten. Man braucht die Wählermassen, und damit basta; der Zweck ist wichtig genug, um das Mittel zu heiligen. Wie ein Sprühregen ergießen sich demzufolge über das deutsche Volk Verordnungen und Resolutionen, die das gewerbliche Leben in spanische Stiefel einzuschüßeln bestimmt sind; alles, was in stiller Studierstube den Entwicklungsgang von der unbestimmten Vorstellung des weltfremden Menschheitsbeglückens zum paragrafenmäßig geordneten Gesetzentwurf durchmacht, erhält das Prädikat des sozialpolitischen Dogmas, und wird nach oberflächlicher Beratung als willkommener Faustkeil für die Errichtung des Tempels der staatlichen Arbeiterfürsorge verwendet. Nur schüchtern macht sich hier und da die Opposition derer geltend, die sich bei solchem Ruhhandel keines Heils versehen. Sie opponieren eben auf die Gefahr hin, daß sie sich dadurch die Möglichkeit späterer Wiederwahl arg gefährden. So treibt denn das Gebahren der gesetzgebenden Körperschaften die gewerbliche Allgemeinheit rettungslos Zuständen entgegen, deren wirtschaftliche Konsequenzen kaum hinter denen zurückzubleiben drohen, wie sie in den Döberitzer phantastischen Projekte des revolutionären Sozialismus zur Folge haben müßten, wenn nicht noch in letzter Stunde das deutsche Unternehmertum sich auf seine Verpflichtung zu entschließender Teilnahme an öffentlichen Leben besänftigt und die ihm eignenden politischen Machtmittel in wirklich zweckentsprechender Weise zur Anwendung bringt.“

Folgendermaßen denken sich die Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 15) und die hinter ihr stehenden Kreise die Grundlagen des gedachten Unternehmersbundes:

„Während der Bund der Landwirte der Hauptfrage nach wirtschaftliche Ziele verfolgt, muß die politische Betätigung des Bundes der gewerblichen Arbeitgeber das wirtschaftliche Gebiet, besonders die Zoll- und Handelsgesetzgebung, ganz und gar ausschließen, weil auf diesem Gebiet die Interessen der Arbeitgeber naturgemäß auseinandergehen; es hat sich die politische Betätigung des Bundes der gewerblichen Arbeitgeber demgemäß auf das sozialpolitische Gebiet zu beschränken.“

Dieser Gedanke wird denn auch in einem an die Ausschüsse der Reichstages des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände gerichteten Schreiben zum Ausdruck gebracht, in welchem die nachstehenden kurz wiedergegebenen Vorschläge für die Errichtung des geplanten Bundes gemacht und zur Annahme empfohlen werden. Mitglieder des Bundes, der sich auf das Zusammenarbeiten mit der großen Zentralorganisation des Unternehmertums gründet, können alle Industriellen, Handwerker und Kaufleute werden, soweit sie gewerbliche Arbeitgeber und Mitglieder einer gewerblichen Berufs genossenschaft sind. Die nicht physischen Mitglieder der Berufs genossenschaft (Aktiengesellschaften u. s. w.) werden durch diejenigen Personen vertreten, welche das Mitglied auch in der Berufs genossenschaft vertreten können. Andere Arbeitgeber können auf Beschluß des Vorstandes als außerordentliche Mitglieder aufgenommen werden. Ordentliche und außerordentliche Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten. Die Gesetze des Bundes werden durch einen Vorstand geführt, welcher mindestens 12 Mitglieder zählt. Über dem Vorstand steht der Ausschuss (Aufsichtsrat des Bundes), nach dessen Beschluß der Vorstand die Geschäfte zu führen hat. Der Ausschuss hat aus mindestens 100 Personen zu bestehen. Die Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses werden je zur Hälfte aus den Kreisen des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände — zu dem der Bund der Industriellen und die verschiedenen Handwerkerorganisationen zu rechnen sind — und des Zentralverbandes deutscher Industrieller gestellt. Die Zugehörigkeit zu einem der genannten Verbände bedingt nicht die Zugehörigkeit zum Bunde der gewerblichen Arbeitgeber, und ebenso soll dieser in seiner organisatorischen Verbindung zu jenen stehen, wohl aber die Interessengemeinschaft zwischen den einzelnen Organisationen wünschenswert ausgeglichen werden.“

Was die Organisationsform anlangt, so muß sie sich denjenigen der Arbeiter anpassen. Den Arbeitern stehen die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei zur Verfügung. Die Organisationsform der Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften haben die bestehenden Arbeitgeberverbände zu gesteuert, andererseits aber fehlt es dem Unternehmerumfeld heute an einem entsprechenden Ausdruck, wie er bei der Abklärung der sozialdemokratischen Partei zutage tritt. Diese Lage soll der Bund der gewerblichen Arbeitgeber ausfüllen, und hieraus ergibt sich die Wichtigkeit der Förderung, daß die Organisation des Bundes sich diejenige der Arbeiterkraft zum Vorbild zu nehmen hat. Will die Sozialdemokratie die Lösung der Probleme der Arbeiterkraft anpassen, so soll der Bund der gewerblichen Arbeitgeber diesem Bemühen, das nach und nach zur völligen Anrechnung des Unternehmens zum führen droht, Widerstand leisten und die Verwirklichung der gegen die sozialpolitischen Gleichmacherelei gerichteten Einwirkungen des Unternehmensleiters durch das Gesetzgebungsorgan der Arbeiterkraft erzwingen.

Als Vorbedingung zum Eintritte in die sozialdemokratische Partei hat der Führer gemacht, daß sie in sehr wirksamer Weise die Interessen der Arbeiter vertrete, da entrückten sich die Gewerkschaften und fielen über den armen Arbeiter her. Die Deutsche Arbeit, geber, Zeitung merkt natürlich in ihrer Leppigkeit gar nicht, daß sie mit ihren Worten wider Willen der Sozialdemokratie dasselbe Kompliment macht wie Vorobowsky. Was sich unsere verbundenen Gegner unter den Arbeitern, Orlachen und „Christen“ zur Notig nehmen würden.

Die Kreuzzeitung, die den vorberhand noch nicht einmal embryonalen neuen „Arbeitgeberbund“ bereits für die konservative Partei verkannert, wird sanft daran erinnert, daß der „sozialpolitische Doktrinismus“ auch im konservativen und Regierungslager anzutreffen sei, nicht bloß im „liberalen“. Die Anregung zu der Bundesgründung sei von einem Nationalliberalen ausgegangen, der bekannte Preiskonserervative Mendel habe nur nachgeforscht, ob der Gedanke bei den Unternehmern Anklang finde. Jedenfalls hat es die von den Großkapitalisten ausgehaltene nationalliberale Partei mit den Großunternehmern arg verächtelt, weil einige wenige Mitglieder dieser Partei sozialpolitisch und anderer Seitensprünge halber den tiefsten Kern der Kohlen-, Stahl- und Eisenherren erregt haben.

Jetzt man noch die helle Mut in Betracht, mit der die Arbeit, geber-Zeitung in Nummer 18 über ein Buch von Dr. Oskar Stille: „Die Konservativen“ herfiel und sich dort als begeisterte Preisfechterin der konservativen Weltanschauung gerierte, so kann man zu dem Schluß kommen, daß die an die Kreuzzeitung gegebene Mahnung, dieses sanfte Sträuben, nicht so ernst gemeint ist.

Manier mich nicht, mein schönes Kind,  
Und groß mich nicht unter den Linden;  
Wenn wir nachher zu Hause sind,  
Wird sich schon alles finden.

Jedenfalls werden die Nationalliberalen bald in Saal und Stube Buße tun und ihre Reihen von einigen Stresemannern säubern müssen, wenn sie sich so wie bisher des goldenen Wohlwollens der Großunternehmer bei Wahlen und Sekretärstellen etc. versichert halten wollen.

### Kriegszustand zwischen Unternehmern und Angestellten.

Wir haben in unseren letzten Nummern den Uas der bayerischen Industriellen gegen die Angestellten und im Auszug dazu die famose Begründung veröffentlicht und beleuchtet. Die letzten Vorgänge in dieser Angelegenheit lassen immer deutlicher erkennen, daß es sich nicht etwa um die Entleerung eines Unternehmerkongresses handelt, sondern daß dieser Vorgang nur der erste Vorstoß einer Aktion sein sollte, um die Angestelltenbewegung lahmzulegen, die gerade jetzt in den letzten Jahren lebhafter eingestrichelt hat.

Die ganze Angelegenheit hat aber auch eine große Bedeutung für die Arbeiterkraft. Sie zeigt, daß auch wir noch wie vor auf der Hut sein müssen. Widerwillig haben die bayerischen Metallindustriellen, durch die Macht der Gewerkschaften veranlaßt, sich mit der sogenannten Schlichtungsordnung beschäftigen müssen, in Streitigkeiten nur zwischen Organisation und Organisation zu verhandeln. Das jetzige Hebenhüchlein gegen die Angestellten zeigt aber, wie im Ernstfall auch eine Schlichtungsordnung für uns jede Bedeutung verlieren kann.

Das Vorbild zu dem jetzigen schwebenden Kriegszustand fand in Augsburg statt. Den leitenden Männern der Maschinenfabriken Nürnberg-Augsburg war von gefälliger Seite die Kunde zugekommen worden, daß sich jetzt auch eine Ingenieurgewerkschaft gebildet habe. Da die Gewerkschaftsbekämpfung für die Buz, Suggenheimer und Gassen eine höhere Lebensaufgabe darstellt, wurde sofort diese Organisation, der Bund der technisch-industriellen Beamten, auf's Eohe genommen. Eine Umfrage im eigenen Werke ergab, daß von 150 Ingenieuren dort 20 im Bund organisiert waren. Ein Gesandte mußte also herbeigeführt werden. Ein Mitglied wurde gewählte und feiner organisierten Kollegen des Unternehmens gestellt, entgegen aus der Organisation auszuweichen oder ihrer Entlassung entgegenzusetzen. Nun geschah etwas bisher Ungeheures. Statt wie gewöhnlich den direktionalen Wünschen sich zu fügen, erklärten die Angestellten, ihrer Organisation treu zu bleiben. Dieser geschlossene Widerstand nötigte die Direktion zum erstenmal, in einer solchen Angelegenheit mit einer Angestelltenorganisation zu verhandeln, es wurde sogar die Ausweisung eines offiziellen Bundesleiters, des Ingenieurs Ademann (Berlin), durchgeführt.

Wir hatten Gelegenheit, dem Bericht von Ademann in einer öffentlichen Versammlung über diese Verhandlung zu hören und können es nur mit Entsetzen, Entschiedenheit hin wiederzugeben, die diese sehr interessante Verhandlung zur Erläuterung der weiteren Unternehmerrichtungen geben. Von Gegenpartnern und Buz wurde über die Tendenz des Bundes Klage erhoben, durch sozialdemokratische Beziehungen sich auch zu Gewerkschaftsverbänden für Ungeheures hervorzugehen. Auf die Umänderung des Organisationsleiters, daß es doch bekanntlich auch günstige und günstige Verbindungen gibt, erwiderte sich unser Herr Herr mit einem folgen derartigen Erklärung: „Für Bewahrung von Geschäftsbeziehungen will ich doch gleich erklären, daß es bei uns nicht kommen darf, um welche Gewerkschaften es sich handelt, ob gewerkschaftlich oder nicht-gewerkschaftlich, in wichtiger Augen sind alle Gewerkschaften sozialdemokratisch.“ Der Redakteur in dieser Sache und andere Sozialdemokraten konnten sich nicht über die Bedeutung dieser Erklärung erheben, es wurde dann weiter durch Gegenpartnern der Bund unter Anführung gestellt, in seinem Schreiben eine verbindliche Sprache zu führen, wie sie sich höchstens in sozialdemokratischen Gewerkschaften und findet. Ademann gab dann zu verstehen, daß sich die Arbeit des Bundes zum Ziel zu haben eine Partei der Arbeiterkraft zugehörig gebildet National-Ärztinnen selbstgebe habe und daß je zu Grunde gelegt sei, daß ein gewerkschaftliches Ziel der Arbeiterkraft zu sein müsse und nicht zu einem anderen Zweck. Die Erklärung brachte Buz und Gegenpartnern gleichgültig in Bewegung. „Ja, wenn Sie es mit der Firma Professor haben, müßten Sie natürlich zu jedem gewerkschaftlichen Verhandlung kommen! Wir haben ja ja ja“

gefragt, die Herren Gelehrten sollen nur einmal zwei bis drei Jahre die Leitung eines industriellen Betriebes übernehmen, dann würden sie schon andere Meinung sein. Die Herren haben keine Ahnung von den praktischen Verhältnissen. Wenn die überspannten Ideen der Professoren durchgeführt würden, dann würde das Ergebnis das, daß die Ingenieure überhaupt keine Stellung mehr bekämen und die Industrie würde daran schnell zugrunde gehen.“ Besonders schloß er ihnen vorantons anlagen zu haben, der bekanntlich ein gelendes Kräfteverhältnis zwischen Organisation der Arbeiter und Organisation der Unternehmer für den notwendigen Zustand der heutigen Wirtschaftsverfassung hält.

Auf jeden Fall ist aus diesen Äußerungen der Industriellen wieder einmal der Beweis erbracht worden, welche Wertschätzung die Wissenschaft hier hat. Im Grunde genommen ist für den Kapitalmagnaten der Nationalökonom nur der Agent, der die Profitinteressen des Unternehmertums mit einem geschilderten wissenschaftlichen Mantel zu umkleiden hat. Mit einer Gemütskurie und Naivität, die ihrem gleichen sucht, erklärte ferner Buz und Suggenheimer, daß die Maschinenbaugesellschaft Augsburg und Nürnberg die Konkurrenzklausek als ihr gutes Recht betrachtet und sich sogar eines besonderen Abweh davon, nämlich der heimlichen Konkurrenzklausek, seit Jahren bedient. Eine gerichtliche Bestrafung — nach den Forderungen des Bundes — von solchen Unternehmern, die Konkurrenzklausek verwenden, würde der Industrie ungewöhnliche Schäden zufügen.

Der Erfolg der ganzen Verhandlungen zwischen der Werkleitung und den Bundesvertretern war, daß man davon Abstand nahm, das Recht der Koalitionsfreiheit anzutasten. Die Abregelung wurde zurückgelassen, der Bundesvertreter fuhr nach Berlin, sicher voll befrichtigt, einen Konflikt abgewehrt zu haben. Aber schon in den nächsten Tagen ändernte sich das Bild. Die Post und die Arbeit, geber-Zeitung brachten einige Schimpfartikel auf den Bund, in denen die Aufmerksamkeit der Unternehmer auf diese Organisation gelenkt wurde. Die Ungehörigkeit dieser Anwürfe war nicht zu verkennen, der ganze Gedankeninhalt und die Darstellungsweise ließ verraten, daß hier der Nürnberg-Augsburger Einfluß gearbeitet habe. Ein günstiger Wind brachte dann noch das Nürnberg Rundschreiben auf den Redaktionstisch einiger Tageszeitungen und damit wurde der Angriff der Industriellen der Öffentlichkeit bekannt. Mit welcher Kaltblütigkeit die Direktion der Maschinenbau-Alliengeellschaft jetzt glaubte vorgehen zu können, geht aus folgender Tatsache hervor: Nach Bekanntwerden des Uas an die Mitglieder des Industriellenverbandes interpellierten die Augsburg Bundesmitglieder ihre Direktion, indem sie auf den Widerspruch zwischen ihrer jetzigen Handlungsweise und ihren Versprechungen aufmerksam machten. Suggenheimer gab darauf zur Antwort, weil der Bund die Anwürfe der Post nicht beantwortet habe, deshalb sei der Angriff der Unternehmer jetzt unbedingt notwendig geworden. Man würde sich über die Habenscheinigkeit der Unternehmerrichtungen wundern, läge die Tatsache hier nicht klar zutage, daß man durch Scheingrünbe den Unternehmerrichtungen zu bedäuneln sucht. Auch die Arbeiter haben sich das zu merken, auf die Einhaltung der Zusicherungen durch die Direktionsvertreter in gemeinsamen Beratungen nicht ohne weiteres zu hohe Hoffnungen zu setzen.

Offentlicht werden mit diesem ihren Gewaltakt die Unternehmer sich eine tüchtige Schluppe holen. In großen Versammlungen, die der Bund in allen größeren Städten veranstaltet hat, herrschte unter den Mitgliedern einmütige Kampfstimmung, zusammenzuhalten und keinen Schritt zurückzuweichen. Den 12000 Ingenieuren dieser Organisation wird auch nach seinem Verbandesbeschluss der Deutsche Ingenieurverband zur Seite stehen, ebenso erklärt sich mit diesem Vorgehen der Deutsche Zeichner-Verband und der Maschinenbauwerkmeister-Verband solidarisch. Gemeinsam werden hier also 40000 technische Angestellte zusammenstehen. Auch von den bedrohten Handlungsgehilfenverbänden liegen die gleichen sozialpolitischen Angestelltenverbände sorgen die Scharfmacher selbst dafür, daß hier aus reinem Selbst-erhaltungstrieb zu entchiedenen Abwehrmaßnahmen gegriffen wird. So wird den Harmonisierern die Lehre von der Interessens-harmonie zwischen Lohnarbeit und Kapital von den Arbeitgebern künstlich ausgetrieben.

Erwähnenswert ist ferner noch, daß in der Zeichnerbewegung aus Anlaß dieses Konfliktes zum erstenmal Sozialdemokraten offiziell das Wort genommen hatten. Die Ortsverwaltung Berlin des Bundes der technisch-industriellen Beamten nahm Gelegenheit zu ihrer Parteiversammlung auch Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einzuladen. Es waren Kollmann, Heine und Robert Schmidt erschienen, die den Angestellten die Sympathie der Arbeiterkraft zum Ausdruck brachten. Speziell Robert Schmidt, als Vertreter der Generalkommission, schäuferte die Bedeutung des jetzigen Konfliktes für die Gewerkschaftsbewegung der Angestellten überhaupt und führte unter anderem aus:

„Sie, meine Herren, stehen vor einer folgenschweren Situation. Jetzt hat sich in Ihren Reihen nicht das Zusammengehörigkeitsgefühl, um irgend alle Widerstände zu überwinden, dann müssen Sie in Ihrem Organisationsleben wieder zurückzuführen zur wissenschaftlichen Facharbeit, höchstens zur Unterhaltungs- und Wohlfahtsorganisation. Dann werden Sie verzweifeln müssen auf die Stellung im wirtschaftlichen Leben, auf die Sie durch die Bedeutung Ihrer Arbeit für den Produktionsprozess Anspruch haben. So liegt all das noch vor Ihnen, was für uns zum größten Teil schon hinter uns liegt. In jedem Sinne haben die Arbeiter Schritt für Schritt die Anerkennung ihrer Organisation sich erkämpfen müssen. Wir haben das höchste Gut in Gewerkschaftsleben, die Koalitionsfreiheit, aus zu wahren gewußt, jagten Sie dafür, daß sie Ihnen nicht genommen wird.“

Der krasse Widerspruch, der diesen Ausführungen folgte, ließ erkennen, daß der unpopuläre Scharfmacher sich wieder einmal als der beste Köhler gezeigt hat. Daraus legt die Bedeutung des jetzigen Konfliktes, er zeigt an einem Schulbeispiel den Angestellten, daß sie in der Selbstverteidigung ihrer Interessen zu gewerkschaftlichen Organisationsströmungen gezwungen werden.

Die die Tageszeitungen jetzt melden, wollen ja die Unternehmer einleiten, der Nürnberg Beschlus soll unter Gesamtwortlaut der bayerischen Industriellen noch einmal einer Nachprüfung unterzogen werden. Das Mandat ist durchgängig. Die vorzeitige Beendigung dieses Feldherrnlebens der Unternehmer hat in der Öffentlichkeit ein Unbehagen erzeugt, wie es die Urheber selber nicht erwarteten haben. Man wird den offenen Kampf der Abregelung nicht wagen, sondern den geheimen Kampf der schwarzen Listen führen. Der unsere Unternehmer kennt, wird wissen, daß der Krieg zwischen Angestellten und Direktoren, einmal entbrannt, höchstens ausgebrochen, nicht oberzähmbar ist.

### Der Solinger Prozeß.

I.

Beim letzten vorliegenden Nummer der Metallarbeiter-Zeitung in die Hände der Leser kommt, wird vor dem Landgericht Eberfeld ein Verdingungsfall der „Solinger Prozeß“ berichtet sein. Der 30. Juni ist als Termin für die Verhandlung festgesetzt. Der der zweiten Verhandlung wurde die Vorgänge in Solingen im Jahre 1905, die zu

dem Prozeß geführt haben, in ganz anderer Behandlung erörtert worden, als es vor dem Solinger Schöffengericht geschah. Demnach dachte keiner der Kläger daran, daß ein Gericht ein solches Urteil fällen könnte, wie es tatsächlich geschehen ist. Die Kläger wußten es deshalb, einen Gegenbeweis anzutreten. Das Besondere war es nämlich, wie möglich nachgestellt werden. Es wird in Einem so gründlich wie möglich nachgestellt werden. Es wird in Einem so gründlich wie möglich nachgestellt werden. Es wird in Einem so gründlich wie möglich nachgestellt werden.

Es sind zwei Solinger Institutionen, denen das Solinger Urteil die sogenannte Industriekommission, denen das Solinger Urteil die Nachbesugnis zuschreibt, daß sich sogar die Zentralvorstände ihren Statuten und Beschlüssen fügen müßten. Es sei deshalb über diese beiden Institutionen, die in dem Prozeß eine so große Rolle spielen, folgendes bemerkt:

Das Zentralkomitee ist eine Körperschaft, die sich damals zusammenfetzte aus Delegierten der gesamten Gewerkschaften Solingens, es ist ein Gewerkschaftskartell. Die Metallarbeiterorganisationen hatten nun speziell zur Vertretung der nur sie angehenden Interessen eine Vereinigung gebildet, die sogenannte Industriekommission. Diese Industriekommission stand unter Aufsicht und Kontrolle des Zentralkomitees der Solinger Gewerkschaften, wie die Satzungen ergeben. Aus den Statuten des Zentralkomitees sind vorwiegend erheblich die §§ 5, 6, 7 und 9, welche letzterer Paragraph sagt, daß über die Taktik bei Lohnbewegungen und bei auftauchenden Fragen innerhalb ihres Gewerbes die betreffende Gewerkschaft selbständig entscheidet. Der Paragraph ergänzt den § 6, der besagt, daß jede Gewerkschaft ihre Streiks selbst führt. Aus diesen Statuten ergibt sich mit völliger Klarheit, daß keine Meße davon sein kann, daß etwa die eine Gewerkschaft vertraglich gezwungen ist, bei Inkonsistenz von Lohnbewegungen auf die Wünsche anderer Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen. Die einzige Verpflichtung der einen Gewerkschaft gegenüber der anderen besteht nach den Vorschriften der Industriekommission lediglich darin, daß sie ihre Streiks fortlaufend ohne Aufzorderung an- und abzumelden hat. Eine Vorschrift, die übrigens von den Sozialorganisierten nicht beachtet worden ist, wie in Eberfeld bemessen werden wird. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte sich stets bemüht, obwohl, die vorstehend dargelegt ist, keinerlei vertragliche Verpflichtung dazu besteht, auch die Interessen der Sozialorganisierten wahrzunehmen. In einem Briefe vom 4. Juli 1905 an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ersuchte Sessler bereits, den Sozialorganisierten materielle Unterstützung zu gewähren. Solche Unterstützungen waren bereits früher tatsächlich gegeben worden. Auch erhielt in den früheren Jahren die Sozialorganisation von dem Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf ihr Gesuch hin 5000 M geborgt. Die gleiche Summe gewährte die Verwaltungsstelle Berlin.

Was nun den Fall Hammesfahr anbelangt, so waren bereits im Jahre 1904 Verhandlungen zwischen der Firma Hammesfahr und den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes behufs Herbeiführung eines Tarifvertrages angeknüpft. Dieser Tarifvertrag sollte für die Arbeiter gelten, die nach den Statuten der Sozialorganisationen nicht deren Mitglieder werden konnten. Dabei ist vor allen Dingen zu beachten, daß diese Verhandlungen eingeleitet worden waren — was dem ersten Urteil vollständig entgeht — bevor die Industriekommission ins Leben gerufen wurde. Letzteres war am 25. Oktober 1904 der Fall, während die Verhandlungen mit Hammesfahr viele Monate vorher angeknüpft waren. Die vorerwähnten Verhandlungen zwischen Hammesfahr und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband waren in aller Öffentlichkeit bekannt geworden, und zwar durch die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Solingen. In dem Jahresbericht der Verwaltungsstelle Solingen pro 1904 heißt es auf Seite 11: „Die Firma Gottlieb Hammesfahr will im neuen Jahre diese Verhandlungen endgültig mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zum Abschluß bringen, laut abgegebener Erklärung.“ Ein Exemplar des Jahresberichtes war von der Verwaltungsstelle Solingen der Bergischen Arbeiterstimme überfandt, ebenso ein Exemplar dem Zentralkomitee. Auch sonst wurde jedermann, der daran ein Interesse hatte, ein Exemplar zur Verfügung gestellt, so auch dem damaligen Geschäftsführer des lokalistischen Metallvereins.

Erst im Jahre 1905 trat nun der lokalorganisierte Messerschleiferverein in eine Bewegung, mit Hammesfahr. Die Bergische Arbeiterstimme berichtete über die Generalversammlung des Messerschleifervereins vom 27. März 1905. Es wird hier selbst erwähnt, daß verschiedene Kollegen die ordinar blau den Messer für die Firma Hammesfahr zu gut gemacht haben. Aus dieser Bemerkung der Bergischen Arbeiterstimme folgt, daß die lokalorganisierten Messerschleifer die ordinar blau den Messer für die Firma Hammesfahr angefertigt haben. Es wird dies aber auch durch Zeugnisse bewiesen werden. Allmählich spitzten sich die Differenzen zwischen Hammesfahr und den Messerschleifern so scharf zu, daß Hammesfahr sich weigerte, die Organisation der Messerschleifer anzuerkennen und Verhandlungen mit diesen abzulehnte. Daraufhin brachten die Messerschleifer im Zentralkomitee die Angelegenheit zur Sprache. Es wurde beschlossen, am 17. Mai 1905 eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung in den Kaisersaal einzuberufen. Aber diese Versammlung berichtete die Bergische Arbeiterstimme. Die Ausführungen Sessler in dieser Versammlung ergaben, daß er als den entscheidenden Streitpunkt für den Deutschen Metallarbeiter-Verband die Nichtanerkennung der Organisation der Messerschleifer betonte. Zugleich wies Kollege Sessler mit aller Schärfe darauf hin, daß für den Deutschen Metallarbeiter-Verband dessen Satzungen maßgebend seien. Die eingetragene Resolution handelt lediglich davon, daß Hammesfahr die Organisation der Messerschleifer anzuerkennen habe. Ebenso betonte Kollege Spiegel in dieser Versammlung, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband verpflichtet sei, seinen Satzungen gemäß vorzugehen, und er warnte vor übereilten Schritten. Er dachte ferner an, daß die Verhängung des Generalstreiks über Hammesfahr zunächst nur die Bedeutung einer Drohung für Hammesfahr haben könne, daß dagegen damit noch nicht Ernst zu machen sei. Das Meßer der Bergischen Arbeiterstimme über die Versammlung ist zutreffend, wie durch Zeugnisse nachgewiesen werden wird. Für den Deutschen Metallarbeiter-Verband konnte es sich nur darum handeln, mit den Sozialorganisierten so weit zusammenzugehen, als die Frage der Anerkennung der Organisation durch Hammesfahr in Frage komme. Später spielte noch ein Punkt in den Differenzen eine Rolle, auf den wir noch zu sprechen kommen.

Vor wirtlicher Verhängung des Generalstreiks forderte aber Kollege Spiegel die Zusammenberufung sämtlicher Vorstände der Vereine. Die Vorstandsführung fand kurze Zeit darauf statt. In dieser nahm der Kollege Reichel teil. Spiegel richtete hier an die Sozialorganisierten die Frage, welche Forderungen sie gegen Hammesfahr erhellen. Zunächst wurde von dem lokalorganisierten Messerschleifer Siehorn scharf geantwortet, daß die Metallarbeiter-

stätten nicht davon verstanden. Wie diese darzutun erklären, daß sie diese Sache mit dem Messerschleifer abmachen wollten, gab er Bescheid, daß die gewünschte Zustimmung dahin, daß man nicht wünsche, daß Hammesfahr die bis dahin in seinem Betrieb seit mehr als zwei Jahren geschehenen blauen Messer weiter ausführe. Daraufhin erklärte Spiegel, daß in dieser Beziehung der Deutsche Metallarbeiter-Verband ein Zusammengehen mit den Lokalfirmen absehen möchte, da es ein Bahnsinn sei, dem Unternehmer vorzuschreiben, welche Artikel er in seinem Betrieb herstellen dürfe. Hierzu bitte der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine Hand nicht. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband trete dafür ein, daß Hammesfahr die Organisation der Messerschleifer anerkenne, eben so das Preis- und Qualitätsverzeichnis für die außerhalb der Fabrik von den selbständigen Schleifern hergestellten Arbeiten.

Zum Verständnis dieser Ausführungen Spiegels ist folgendes zu bemerken: Der Betrieb Hammesfahr besteht aus einem Fabrikbetrieb, in dem auch die von den Messerschleifern anerkannte Zeilarbeit besteht. In diesem Fabrikbetrieb wurden nun, wie bereits bemerkt, die ordinär blauen Messer seit mehr als zwei Jahren hergestellt. Daneben wurde von selbständigen Schleifern außerhalb der Fabrik für Hammesfahr gearbeitet. (Diese sogenannten selbständigen Schleifer bilden den Fachverein der Messerschleifer.) Für diese Messerschleifer galt das Preis- und Qualitätsverzeichnis, in dem angegeben war, welche Preise für die einzelnen Qualitäten bezahlt wurden. Der Messerschleiferverein forderte nun, daß Hammesfahr in seinem Betrieb in Zeilarbeit die ordinär blauen Messer nicht mehr, wie bisher, herstellen sollte. Vielmehr sollte dem Hammesfahr gestattet werden, von irgendwo auswärts her diese ordinär blauen Messer zu kaufen. Wegen dieses Verlangens wandte sich Spiegel, indem er, wie bereits bemerkt, darin einen ebenso sinnlosen wie unberechtigten Eingriff in die Selbständigkeit des Hammesfahr sah. Auffallend ist es, daß das schöffengerichtliche Urteil davon spricht, es sei selbstverständlich, daß der Unternehmer andere Waren, als in Qualitätsverzeichnis aufgeführt, anzufertigen dürfe. Das, was dem ersten Urteil selbstverständlich erscheint, würde, wenn es von den Arbeitern verlangt würde, als der greichste Terrorismus gebrandmarkt werden. In Übereinstimmung mit Spiegel erklärte selbst der Vertreter einer Lokalorganisation, Hofmann, daß man Hammesfahr unmöglich verbieten könne, in seinem Fabrikbetrieb die ordinär blauen Messer herzustellen, es müsse ein Ausweg gesucht werden. Nachdem hierauf von Eichhorn auf seinem Verlangen, die Herstellung bestimmter Qualitäten dem Hammesfahr zu verbieten, beharrt wurde, erklärte Spiegel in neuem, das der Deutsche Metallarbeiter-Verband sich lediglich insofern mit den Lokalorganisationen solidarisch erklären, als es sich darum handle, die Organisation der Messerschleifer anzuerkennen und das Qualitäts- und Preisverzeichnis für die selbständigen Messerschleifer, daß dagegen alles übrige eigene Angelegenheiten der einzelnen Organisationen seien. Sache des Messerschleifervereins insbesondere sei es, wie er sich über die ordinär blauen Messer mit Hammesfahr einigen wolle. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband gehe hier seine eigenen Wege.

Es wurde darauf angeregt, da die Stimmung eine erregte geworden war, am anderen Tage mit Ruhe die Angelegenheit weiter zu besprechen. Diese Besprechung fand auch statt, jedoch in Abwesenheit des Kollegen Reichel, der sich in der ersten Vorstandssitzung lediglich zuhörend verhalten hatte. In dieser neuen Sitzung nun wurde von den Lokalfirmen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vorgeworfen, er verhalte sich deshalb gegen die Forderung der Lokalfirmen ablehnend, weil er einen Tarifvertrag mit Hammesfahr abschließen wolle. Daraus machte der Deutsche Metallarbeiter-Verband so wenig ein Geheimnis, daß Spiegel den von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband dem Hammesfahr eingereichten Tarifvertrag den anwesenden Vorständen vorlegte und dabei auch den Lokalfirmen davon Kenntnis gab. In dieser Sitzung wurde von neuem darüber verhandelt, wie es mit der Forderung des Verbands der Herstellung der ordinär blauen Messer im Fabrikbetrieb Hammesfahr zu halten sei, worauf wiederum selbst einige Lokalfirmen erklärten, daß es nutzlos und töricht sei, die wichtige schöffengerichtliche Entwicklung aufhalten zu wollen. Am Schluß der Sitzung präzisierete Spiegel noch einmal den von ihm eingenommenen vorerwähnten Standpunkt. — Am gleichen Tage fand eine Sitzung des Zentralkomitees im Restaurant von Klawon statt. Sie brachte Spiegel von neuem die Angelegenheit zur Sprache und sagte, er lege Wert darauf, zu betonen, daß ausschließlich und allein der Deutsche Metallarbeiter-Verband insofern mit den Lokalfirmen gemeinshaftliche Sache mache, als es sich um die Anerkennung des Preis- und Qualitätsverzeichnisses für die Messerschleifer außerhalb der Fabrik und vor allen Dingen um die Anerkennung der Organisation handle.

Es fand darauf am 25. Mai 1905 die zweite Kaisersaalversammlung statt. Nach dem Bericht der Bergischen Arbeiterstimme wurde in dieser Versammlung von Weber (nicht, wie es im angeführten Artikel heißt, von Spiegel) eine Resolution eingereicht, die Annahme fand. Diese Resolution ging dahin, daß der Generalstreik über Hammesfahr verhängt wird, bis er die folgenden Forderungen bewilligt hat: 1. Anerkennung der Organisation. 2. Einstellung der Qualitäts-, Preis- und Lohnkarte. Dazu sei noch einmal bemerkt, daß diese Karte nur für die selbständigen Messerschleifer außerhalb der Fabrik bestanden.

Hierbei sei gleich noch erwähnt, da das angeführte Urteil darauf Wert legt, daß in dieser Sitzung Sendler von dem Vorgehen einer kleinen Gruppe von Messerschlagern sprach, die in Verhandlungen mit den Unternehmern eintrat, ohne die Masse der Berufskollegen hinter sich zu haben, und daß Sendler dieses Verhalten der Arbeiter alserrat bezeichnete. Wenn das angeführte Urteil aus diesen Worten Sendlers herleiten will, daß Sendler selbst solidarisches Vorgehen aller Arbeitervereine verlangte, während er dies selbst nicht geübt habe, so ist dieser Schluß verfehlt. Sendler sprach von einer kleinen Gruppe von Personen, die auf eigene Faust vorgehe, ohne die Masse der Berufskollegen hinter sich zu haben. Beim Vorgehen Sendlers selbst aber handelte es sich gerade darum, daß er in Übereinstimmung mit der Masse der Berufskollegen in deren Interesse handelte. Weiter wurde, wie der Bericht der Bergischen Arbeiterstimme ergibt, in dieser zweiten Kaisersaalversammlung beschloffen, ein Aktionskomitee einzusetzen, das darüber befinden sollte, ob über Hammesfahr der Streik zu verhängen sei. Das Aktionskomitee setzte sich mit Hammesfahr in Verbindung, der dasselbe ersuchte und die beiden gestellten Forderungen: Anerkennung der Organisation sowie der Qualitäts-, Preis- und Lohnkarte, anerkannte. Obwohl der Bergischen Arbeiterstimme diese Tatsache bekannt war, brachte sie, um die Verhandlungen mit Hammesfahr zu fördern, die Hammesfahr die Kommission nicht empfangen habe. Darauf trat Sendler aus dem Aktionskomitee aus, als jedoch eine Berichtigung erfolgte, schloß er sich dem Aktionskomitee wieder an.

Es folgte nunmehr die dritte Kaisersaalversammlung am 3. Juni 1905. In dieser Versammlung berichtete — laut Bergischer Arbeiterstimme — Kollege Hofmann über die Verhandlungen mit Hammesfahr. Hammesfahr habe der Wahrheit gemäß erklärt: „Die Firma erklärt sich bereit, die Preisverzeichnisse für die außerhalb der Fabrik

Arbeitenden anzuerkennen und auch die hergestellten Arbeiten danach zu bezahlen. Jedoch wird der Firma Hammesfahr gestattet, in ihrer Fabrik zu tun und zu lassen, was ihr beliebt.“ Er erkannte die Organisation und die Preisverzeichnisse an.“ Sendler präzisierete hierauf in einer ausführlichen, in der Arbeiterstimme wieder gegebenen Rede den Standpunkt des Verbands, für den nunmehr die Angelegenheit seinen größeren Ortungen gemäß erledigt war. Ohne Anfechtung eines gewählten Oligarchen, trotzdem der Generalstreik über Hammesfahr zu proklamieren, wurde abgelehnt und eine Resolution des Messerschleifers auf den Tag angenommen, die dahin ging, daß die Angelegenheit an das Zentralkomitee zurückverwiesen sei, daß der nächsten Gewerkschaftsversammlung die Sache zu unterbreiten habe. Dieses allgemeine Gewerkschaftsversammlungsland niemals statt, vielmehr erklärte der Messerschleiferverein für sich allein den Streik. Diesem Streik schlossen sich nicht einmal alle lokalorganisierten Verbände an, zum Beispiel lehnten dies zunächst die Meiber ab. Ebenso andere lokale Verbände. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschränkte sich darauf, wie auch das erste Urteil hervorhebt, seinen Mitgliedern zu unterzügen, die Arbeit der Streikenden zu machen. Sendler brachte in der Versammlung folgende Resolution ein, die angenommen wurde: „Wo bei der Firma Hammesfahr auf Grund des Beschlusses der lokalen Gewerkschaften einzelne oder mehrere die Arbeit niedergelegt haben, dürfen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbands diese Arbeit nicht übernehmen. Jedes Zuwiderhandeln wird als Streikbruch aufgefaßt.“ Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands stellte sich auf den gleichen Standpunkt, wie ein Schreiben desselben vom 31. August 1905 ergibt, welches Schreiben übrigens auch deshalb erheblich ist, weil es beweist, daß die Klager über die internen Vorgänge in Solingen nicht eingehend informiert waren und sein können, vielmehr es ihrer Bezirksleitung überlassen mußten, die Einzelheiten zu regeln. Später wurde Spiegel durch einen Lokalfirmen Werner gebeten, noch einer Sitzung der Lokalfirmen beizuwohnen, in der über den Streik bei Hammesfahr verhandelt werden sollte. Zu dieser Besprechung erschienen zunächst nicht einmal die Messerschleifer. Später wurde der lokalorganisierte Messerschleifer Langanberg herbeigeholt, dem Spiegel erklärte, der Deutsche Metallarbeiter-Verband sei immer noch bereit, mit den Messerschleifern zu verhandeln, sofern die Verhandlungen sich auf der Basis seiner Prinzipien bewegen würden.

Während dieser ganzen Zeit hatten die im Jahre 1904 zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und Hammesfahr eingeleiteten Verhandlungen geruht. Im Juli 1905 traten dann die Arbeiter Hammesfahr, soweit sie Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbands waren, zu einer Mitwirkung zusammen und unterbreiteten Hammesfahr ihre Forderungen. Sendler wurde dann davon in Kenntnis gesetzt, er trat nunmehr seinerseits in Verhandlungen mit Hammesfahr, die zum Abschluß des Tarifvertrags führten. Es wird bewiesen werden, daß in der ganzen Zeit vorher, und zwar von Beginn der Differenzen der Messerschleifer an bis zum Juli 1905, keinerlei Verhandlungen wegen des Tarifvertrags mit Hammesfahr stattgefunden haben. Wenn das angeführte Urteil meint, daß das Gegenteil der Fall sei, weil Reichel bei Hammesfahr gewesen sei und seine Behauptung, er habe sich den Betrieb dort nur ansehen wollen, keiner ernsthaften Widerlegung bedürfe, so wird diese Wendung passender auf die Ausführungen des ersten Urteils selbst anzuwenden sein, das nicht mit Tatsachen operiert, sondern aus durch nichts begründeten Vermutungen Schlüsse zieht.

Aus vorstehendem ergibt sich: erstens, daß die im Jahre 1904 begonnenen Verhandlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbands mit Hammesfahr allgemein bekannt waren; zweitens: daß sie geruht haben bis zum Beginn des Streiks der Messerschleifer; drittens: daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband von vornherein die Grenzen bestimmt hat, bis zu welchen er mit den Lokalfirmen gehen wollte; viertens: daß er ein Zusammengehen ablehnen mußte, nachdem Hammesfahr das, was der Deutsche Metallarbeiter-Verband für die lokalorganisierten gefordert hat, bewilligt hatte, so daß von einem Versprechensbruch keine Rede sein kann. Liegt ein Vertragsbruch nicht vor, so kann natürlich auch davon keine Rede sein, daß von diesem Vertrag nicht existierender Vertragsbruch die Klager etwas gewinn haben.

Was in dieser Beziehung übrigens das Urteil sagt, beruht auf so wagen Vermutungen, daß ein Eingehen darauf nicht erforderlich erscheint. Hervorgehoben sei nur noch, daß die Klager von der rein internen Solinger Angelegenheit betreffend die Einlegung der Industriekommission keinerlei Kenntnis hatten. Nicht einmal Spiegel wußte davon etwas. Daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands von den internen Angelegenheiten weder Kenntnis hat noch haben kann, wird durch Zeugen bekundet werden. Nur in Annahmefällen kann sich der Vorstand um die Details bestimmen, sofern ihm gerade solche unterbreitet werden. Noch einmal sei aber darauf hingewiesen, daß das erste Urteil den Klägern zu Unrecht einen Vorwurf daraus machen will, daß sie entgegen den Statuten der Industriekommission die Bewegung bei Hammesfahr nicht der Industriekommission angemeldet haben. Dies kann einmal nicht nötig, weil es sich überhaupt um keinen Streik handelte. Sodann war die Bewegung im Sommer 1904 eingeleitet, während die Industriekommission erst im Oktober 1904 ins Leben gerufen wurde. Weiter waren, wie eingehend dargelegt, die Lokalfirmen über die Bewegung genau orientiert durch den Jahresbericht von 1904 und durch die von Spiegel am 24. Mai 1905 erfolgte öffentliche Vorlegung des Hammesfahr unterbreiteten Tarifs. Endlich aber ist dies alles für die Klager gleichgültig, da diese von den lokalen Abmachungen in Solingen, wie unter Beweis gestellt ist, nichts wußten, so daß es lediglich Sache der Bezirksleitung war, etwaige den Klägern unbekannt Sonderabmachungen zu erfüllen. Man bedenke auch, daß es doch ein Unbild wäre, wenn sich ein Zentralvorstand einer lokalen Institution unterordnen müßte.

Was den zweiten Punkt, die Bewegung der Schlägereiarbeiter, anbelangt, so trifft der ganze letztere Teil der vorstehenden Ausführungen auch hier zu, da, wie bewiesen werden wird, auch diese Bewegung bereits im Sommer 1904 eingeleitet war. Von dieser Bewegung wußte man allgemein in Solingen. Der Metallarbeiter-Verband gab durch Notizen in der Bergischen Arbeiterstimme der Öffentlichkeit davon Kenntnis. Wie wenig übrigens die Klager bestrebt waren, einen Schlägereiarbeiterstreik zu inszenieren, ergibt eine dem Landgericht bereits überreichte Korrespondenz zwischen den Klägern und der örtlichen Verwaltungsstelle in Solingen respektive der Bezirksleitung. Aus dieser Korrespondenz ergibt sich, daß Sendler bestrebt war, mit den Lokalfirmen Hand in Hand zu gehen. Vor allem folgte daraus das Bestreben des Vorstands, einen Streik zu vermeiden. Deutlicher als dies Reichel in seinem Schreiben vom 1. September 1905 ausspricht, läßt sich der Wunsch der Vermeidung des Streiks nicht darlegen. Reichel schrieb:

„Offentlich gelte es auch, diese Sache ohne Kampf zu erledigen. Wir würden dadurch zweifellos gewaltig gewinnen und den Lokalorganisationen zeigen, daß die Taktik des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber dem blinden Draufschlagen denn eben doch die fortgeschrittenen Gewerkschaftstaktik ist.“

Es ist völlig unerfindlich und trotz der Ausführungen des ersten Urteils absolut unverständlich, welche Vorwürfe in dieser Beziehung den Klägern gemacht werden sollen. Seit Juli 1904, also zu einer Zeit, wo die Industriekommission noch gar nicht bestand,

war die Bewegung eingeleitet und davon in der Presse ganz offen die Rede. Die Klager wünschten, diese Bewegung im Stillen, ohne Streit zu erledigen. Ebenso wie in der Presse wurde auch über die Bewegung in öffentlichen Versammlungen gesprochen. Es fanden damals bereits Verhandlungen vor der Bergischsolinger Kammer statt und von dem Inhalt der Protokolle dieser Sitzungen vor der Justizkammer gab Sendler in öffentlichen Versammlungen Kenntnis. Alles dies war vor der Zeit, in der das, wie noch einmal betont wird, den Klägern unbekanntes Institut der Industriekommission ins Leben gerufen wurde.

Wenn das erste Urteil darauf Wert legt, daß den Klägern im Frühjahr 1905 Streikfragebogen eingeschickt sind, so folgt daraus in keiner Weise, daß die Klager etwa zu dieser Zeit einen Streik inszenieren wollten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands läßt solche Fragebogen an statistischen Zwecken drucken, das Resultat dieser Fragebogen findet auch Verwendung im rechtlich-statischen Amt. Daraus, daß Streikfragebogen verschickt werden, folgt in keiner Weise, daß ein Streik beabsichtigt ist. Sobald eine Lohnbewegung einsetzt, werden zumest zur Orientierung über die Verhältnisse die sogenannten Streikfragebogen verschickt und ausgefüllt. In den weltweiten Fällen werden diese Bewegungen ohne Streit, auf dem Wege glücklicher Verhandlung, erledigt. (Vergleiche beispielsweise den Artikel in Nr. 25 der Metallarbeiter-Zeitung über: „Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1907.“) Es werden dem Landgericht auch bereits eine Anzahl Anmeldungen von Bewegungen an die Klager überreicht, aus denen sich ergibt, daß die Klager erklären, von der Anmeldung des Streikereignisses erhalten zu haben, aber hinzusetzen, daß sie damit noch keineswegs den Streik genehmigen, vielmehr erst die rechtzeitige Zufendung des Materials in Gemäßheit der Statuten wünschen, um sich darüber schlüssig zu werden, ob sie später den Streik genehmigen werden. Auch im Solinger Falle sind Streikfragebogen ganz selbständig von der Ortsverwaltung Solingen ausgefüllt und dann den Klägern als Material zu deren Orientierung überreicht worden. Zu einem Streik ist es tatsächlich dann auch nicht gekommen, vielmehr haben lediglich bei der Firma Rauh die organisierten Metallarbeiter gekündigt, und zwar ohne vorher die Zustimmung der örtlichen Organe des Deutschen Metallarbeiter-Verbands eingeholen. Als Antwort auf diese Kündigung perterte der Verein der Schlägereiarbeiter die sämtlichen im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter aus, wie eine Erklärung des Vorsitzenden des Vereins der Schlägereiarbeiter, August Engels, ergibt. Engels sagt ausdrücklich in dieser Erklärung, daß lediglich die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbands von dieser Aussperrung betroffen werden, nicht etwa die Lokalfirmen, die nun ihrerseits ruhig weiterarbeiten, während die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbands ausgesperrt waren. Vorstehendes über die Schlägereiarbeiterbewegung ist dahin zusammenzufassen:

1. Die Schlägereiarbeiterbewegung war bereits 1904 (vor der Gründung der Industriekommission) ins Leben gerufen.
2. Die Klager suchten die Bewegung in Güte zu erledigen, ohne daß es zu einem Streik käme.
3. Die Streikfragebogen im Jahre 1905 ändern daran nichts, daß mit einer glücklichen Erledigung der Bewegung zu rechnen wurde.
4. Der Streik ist tatsächlich auch gar nicht ausgebrochen. Vielmehr ist lediglich eine Aussperrung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbands erfolgt auf Grund des Vorgehens der Arbeiter Rauh, die ihrerseits gekündigt hatten, ohne sich der Zustimmung der örtlichen Verwaltungsstelle Solingen zu vergewissern.

Aus einer Notiz in der Bergischen Arbeiterstimme vom 12. September 1905 geht auch deutlich hervor, daß man in Arbeiterkreisen längst wußte, daß eine Schlägereiarbeiterbewegung existierte.

So, wie hier geschildert, haben sich die Dinge 1905 in Solingen tatsächlich abgespielt.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Der Geschäftsbericht des Generalsekretärs vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der in Nr. 12 des christlichen Zentralblattes veröffentlicht wird, gibt die Zahl der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf 365243 an. Davon entfielen auf die Organisationen, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehören, 284649, auf die außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Organisationen 80594. Zu diesen letzteren gehören der Verband Deutscher Eisenbahndarbeiter mit 37433, die badiischen Eisenbahner mit 11133, die württembergischen Eisenbahner mit 7346, das bayerische Postpersonal mit 10448, das württembergische Postpersonal mit 2400 und der Verein zur gegenseitigen Hilfe (Oberpfälzer) mit 11638 Mitgliedern. Das sind, abgesehen von dem letztgenannten Verein, ausschließlich Organisationen von Staatsangehörigen und Staatsarbeitern, die von vornherein auf die wichtigste Waffe wirtschaftlichen Strebens, auf den Gesamtverband, verzichten müssen, die daher bestenfalls als Unterstützungsvereinigungen, und als solche wegen ihrer geringen Beiträge auch nur in beschränktem Maße in Betracht kommen. Bis her hat sich nur ein Verband dieser Art, die bayerischen Eisenbahner (24112 Mitglieder), dem Gesamtverband angeschlossen, bei den übrigen waren alle dahingehenden Einwirkungen bisher vergeblich. Doch besteht, wie der Bericht des Generalsekretärs sagt, in einigen dieser Verbände eine starke Strömung zum Anschluß an den Gesamtverband. Im Verband deutscher Eisenbahndarbeiter soll das Haupthindernis in der Person des Vorsitzenden, des Sattlers Wolf (Erler) liegen und die Anschlußfrage sich hauptsächlich um der Kampf der christlichen Gewerkschaften und der Berliner Fachabteilungen, deren begeisterte Anhänger Wolf ist, drehen. Beim Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals soll der mehrfache Wechsel in der Leitung schuld daran sein, daß der Anschluß noch nicht vollzogen ist, und beim Oberpfälzer Verein zur gegenseitigen Hilfe steht angeblich die „hochgehende Erregung unter der politischen Bevölkerung“ einer näheren Verbindung mit dem Gesamtverband im Wege. Der Wunsch der christlichen Gewerkschaften, sich diese Organisationen anzugliedern, läßt sich wegen der verhältnismäßig hohen Mitgliederzahl begreifen, doch ist nicht einzusehen, was bei der jetzigen Verfassung dieser Art Organisationen mit ihrem Anschluß für die Gewerkschaftsfrage und die Arbeiterbewegung gewonnen wäre. Namentlich trifft das auch zu für den Oberpfälzer Verein zur gegenseitigen Hilfe, dessen Leistungen in Rechtschutz, in Streikbegünstigung und spärlicher Arbeitslosenunterstützung bestehen, und der im übrigen zu nichts weiter als zum persönlichen und politischen Tunmehlpfand ultramontaner und polnischer „Volksfreunde“ zweifelhafter Art vorhanden ist.

Die dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen zählten Ende des vergangenen Jahres 284649, im Jahresdurchschnitt 274323 Mitglieder. Der vorige Jahresdurchschnitt betrug 247116, mithin hätten die christlichen Gewerkschaften eine Mitgliederzunahme von 27207 gegen 59000 im Vorjahr. Man sieht, die christlichen Gewerkschaften sind ebenso wie andere Organisationen von dem wirtschaftlichen Verfall betroffen, von der Gefährdung, vom Arbeitsmarkt u. s. w. abhängig, und ihre „Christentum“, auf das sie sich so viel zugute tun, trägt ihnen auch keinen einzigen Anhänger mehr zu, als die wirtschaftlichen Umstände erlauben. Im Jahresdurchschnitt des letzten Jahres zählten im einzelnen die Bergarbeiter 74700 (im Vorjahr 75422), Bauhandwerker 40135 (36459), Zertlarbeiter 40784 (34581), Metallarbeiter 28098 (24744), bayerische Eisenbahner 24112 (23155), Hülsen- und Transportarbeiter 14686 (13023), Holzarbeiter 11239 (10222), Keramarbeiter 8852 (7061), Tabakarbeiter 6549 (6437), Geimarbeiterinnen 4966 (3600), Lederarbeiter 4203 (3250), Schneider 3788 (3124),

Reich und Empfinden 1880 (1877), Osterbergband 1891 (1911)...

Die Gesamteinahmen des Gesamtverbandes angeschlossener Organisationen betragen 4811468 M., die Gesamtausgaben 4108078 M.

Für das vergangene Jahr wird berichtet von 1080 Bewegungen mit 85718 Personen, an denen die christlichen Gewerkschaften beteiligt waren.

Der Bericht des Generalsekretärs enthält eine interessante Auslassung über die Stellung des christlichen Gewerkschaftsmannes als Politiker und Parlamentarier...

Diese Sätze enthalten eine Abfertigung des Zentralen Mannes, der seinen Parteipolitischen und gewerkschaftlichen Bestreben in Schutz genommen und gefordert hatte...

Es ist in letzter Zeit vielfach vorgekommen, daß bei ein und demselben Mitgliede, das mehrmals Unterfägung besog, verschiedene Verurtheilungen...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts gestattet: Der Verwaltungsausschuss...

Ausgeschlossen werden nach § 23 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Dortmund: Der Former Bernh. Bartmann...

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Straßburg: Der Klempner Frh. Buchmüller, geb. am 16. Mai 1878 zu Mühlhausen i. G.

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Ulm: Der Schlosser Heinr. Dünzkofer, geb. am 26. Juli 1885 zu Mauthausen bei Regensburg...

Anzuhalten und an den Vorstand einzuschicken sind behufs Richtigstellung: Lit. A. Buch-Nr. 307201 des Schlossers Nikol. Steinbeck...

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen...

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Kiel: Der Schlosser Rud. Juch, geb. am 30. März 1887 zu Bornum...

Auf Antrag der Verwaltungsausschuss in Mannheim: Der Schlosser Aug. Hallmann, geb. am 20. Januar 1886 zu Bant...

Die nachstehend aufgeführten Personen werden ersucht, ihren Anhaltort der Verwaltungsausschuss Kassel bekanntzugeben: Arnold, Felix, Schlosser, geb. am 8. August 1888 zu Stötterich...

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten...

von Metallarbeitern aller Branchen nach Düsseldorf (Spatzen), nach Bielefeld (Spatzen), nach Bonn (Spatzen)...

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren...

Korrespondenzen.

Fellenhauer. Budapest. Die Lohnbewegung der Budapester Fellenarbeiter hat erste Formen angenommen...

Gold- und Silberarbeiter.

Hannau a. M. (Die Tarifbewegung der hiesigen Gold- und Silberarbeiter.) Am Freitag den 12. Juni fand die abschließende Versammlung statt...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Am 1. September zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 5. Juli der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Juli 1908 fällig ist.

Den Bevollmächtigten und Geschäftsführern zur Beachtung, daß in Folge dieser und nächster Woche das neue Rechnungsbuch zum Beginn kommt...

Zur Beachtung! - Zugzug ist fernzuhalten:

von Österreich- und Goldarbeitern nach Paris; von hiesigen Instrumentenmachern nach Tübingen (Schwaben); von Schmiedemeistern nach Erbach St.; nach Hannau (Hannau)...



**Reizend in strenger Überwachung stehende Behauptungen aufgestellt** werden. So behauptete die Arbeiterzeitung, Herr Klaffoff sei  
 (Klaffoff) bereit gewesen, mit seinen Arbeitern zu verhandeln, der  
 Verlauf der Dinge hat aber das Gegenteil bewiesen. Als die  
 Arbeiter die Forderung der Firma schriftlich unterbreiteten, hat Herr  
 Klaffoff allerdings versprochen, diese Wünsche zu prüfen, dann ist er  
 aber wieder abgewandt und hat von den Arbeitern das Versprechen  
 entzogen, daß während seiner Abwesenheit nichts passieren soll.  
 Den Arbeitern kam die plötzliche Wende des Herrn Klaffoff recht  
 eigenartig vor, und um zu erfahren, ob sie überhaupt auf Erfüllung  
 ihrer Forderungen rechnen können, wandten sie sich nochmals schrift-  
 lich an den damals in Düsseldorf weilenden Herrn Klaffoff um Ant-  
 wort. Aus Düsseldorf kam die Antwort zurück, in der Herr Klaffoff  
 unter anderem kurz und bündig erklärte: Forderungen können  
 wir nicht und Terminstellung würden wir nicht. Die Kol-  
 legen hatten nämlich die Dringlichkeit dessen, Antwort bis zu einem  
 bestimmten Tage zu erbitten. Weiter verlangte Herr Klaffoff, daß  
 die "ungehörige" Schreiben der Kollegen unter dem Ausdruck des  
 Bedauerns zurückgenommen werde, widrigenfalls jedes Entgegen-  
 kommen der Firma ausgeschlossen sei. Die Verletzung dieses von  
 den Kollegen schon im voraus bekannten Briefes läßt in der Versamm-  
 lung traurige Momente aus. Aus Düsseldorf traf die Nachricht ein,  
 daß für die Aufsicht und Instandhaltung des Werks Haus & Co.  
 in Lützenwalde Arbeitkräfte gesucht werden. In einem Inse-  
 rat des Düsseldorf Anzeiger vom 8. Mai suchte Herr Klaffoff, der  
 dort im Hotel Germania Wohnung genommen hatte, bereits Arbeit-  
 willige. Dieses Inserat muß spätestens am 2. Mai aufgegeben worden  
 sein. Der Streik selbst ist aber erst am 2. Mai erklärt worden. Aus  
 dieser Feststellung geht unabweislich hervor, daß die Firma nicht die  
 Absicht gehabt haben kann, mit ihren Arbeitern über die ein-  
 gerichteten Forderungen zu verhandeln. Der Versuch ist von der  
 Firma auch nirgends gemacht worden. Im Gegenteil: die an-  
 gebauten Verhandlungen sind von Herrn Klaffoff, dem der Streik  
 die Herzen gefallen zu sein scheint, in der schriftlichen Weise ab-  
 gelehnt worden. Der Berichterstatter der Arbeiterzeitung — so  
 stellte der Referent fest — hat, mit Ausnahme der Tatsache, daß die  
 Firma Verhandlungen mit Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-  
 Verbandes schloß abgelehnt habe, mit seinem Bericht über den Streik  
 bei Meinhof die Arbeiterzeitung arg geschwänzt. Wenn es  
 im Bericht weiter heißt, daß die Arbeiter in den Streik ge-  
 zogen seien, so stimmt das vollständig, nur mit dem Unterschied, daß die  
 Firma die Arbeiter in den Streik ge-  
 zogen, die 15, 18 und 20 Jahre von der Firma ihre Arbeitskraft ausnützen ließen,  
 konnten unmöglich zusehen, daß Herr Klaffoff in aller Ruhe erst  
 Arbeit willige anwirbt, um dann die Wünsche (Forderungen) kennt  
 Herr Klaffoff ja nicht) der Arbeiter, "wohlwollend" zu prüfen. Die  
 Ursachen des Streiks sind in der Hauptsache in der wenig offenen  
 und ehrlichen Handlungsweise des Herrn Klaffoff zu suchen. Das,  
 was die Firma den Arbeitern als Lohn bietet, hätte sie bei  
 einigem guten Willen auch ihren 15 bis 20 Jahre im Betrieb  
 beschäftigten Arbeitern sehr wohl zahlen können. Das zu tun wider-  
 strebt aber dem Herrenstandpunkt des Herrn Klaffoff. Es haben sich  
 ja einige "nützliche" Elemente als Arbeit willige gefunden, es sind  
 das mit Ausnahme eines einzelnen (Dichte) Unwürdige. Diesen  
 nützlichen Elementen wird von der Fabrikleitung alles mögliche ver-  
 sprachen. Ein Herr Liebner gibt sich ganz besondere Mühe, seinem  
 Herrn und Gebieter Arbeit willige zuzuführen. Dieser Herr, der  
 sich in Düsseldorf als Ingenieur ausgegeben hat, erzählte den An-  
 zuwandernden, daß man in Lützenwalde für 50 Laster ein halbes Haus  
 mit dem dazu gehörigen Ackerland mieten könne, ja, daß Gelegenheit  
 bestünde, sein Leben hervorragend mit der Kammerjunker zu ver-  
 schmökern. Kommen die braven Arbeit willigen hier an, dann er-  
 fahren sie erst, wie die Dinge stehen. Die Arbeit willigen werden  
 gleich im Betrieb einquartiert und ihnen, damit sie überhaupt nicht  
 mit den "Streikbrüdern" zusammenkommen, das Essen aus einer  
 Wirtschaft besorgt. Die Witwe des Herrn Klaffoff, daß es "seiner"  
 alten Leute gewagt haben, nach mehr als zwanzigjähriger Tätigkeit  
 auch einmal Forderungen zu stellen und nicht in Hundsbemut er-  
 sterben wollten, ist ja zum Teil verständlich. Daß er aber versucht,  
 in geradezu unerkennbarer Weise mit grundlosen Anzeigen die  
 Polizei gegen die Streikenden aufzuheben, kennzeichnet den sich liberal  
 gebührenden Herrn Klaffoff zur Genüge. Die Polizei hat sich aber  
 bisher durch diese Anzeigen keineswegs dazu bewegen lassen, die  
 Streikenden, die sich durchaus korrekt benehmen, in der Ausübung  
 ihrer Pflicht zu behindern. Der Referent machte besonders noch  
 darauf aufmerksam, daß der Herr Dichte erst 120  $\mathcal{M}$  Strafenunter-  
 stützung aus dem Verband gezogen hat, um jetzt seinen früheren Kol-  
 legen in den Rücken zu fallen. Der Herr Dichte hat auch nebenbei einen  
 Kohlenhandel. Die Veranlassung für eine Resolution zu, durch  
 die die Streikenden ihre volle Sympathie ausdrückt. Nach einem  
 kräftigen Schlusswort des Referenten und der Aufforderung, unab-  
 lässig für die Organisation zu arbeiten, erreichte die impulsive Ver-  
 sammlung ihr Ende. — Zugung von Metallarbeitern nach der Firma  
 Meinhof & Co. und S. Behnisch in Lützenwalde erfahren wir  
 nach wie vor fernzuhalten. — Wiederholt haben wir darauf hin-  
 gewiesen, daß die Gelben als Schutzmänner, als Unternehmern-  
 schutzmänner, gegen die Gewerkschaften dienen sollen. Genauso oft  
 haben die Gelben und "Führer" der Gelben behauptet, daß sie  
 keineswegs als Streikbrecher zu betrachten seien, sondern daß sie nur  
 dort, wo die "toten" Gewerkschaften "unberechtigter" Streiks in-  
 jeneren, die Stellen der streikenden Arbeiter besetzen wollten. Wir  
 können uns wohl erregen, auf den Schwindel, der damit getrieben  
 worden ist, näher eingehen. Über einen neuen Fall von organi-  
 sierten Streikenden durch Gelbe haben wir vor hier zu berichten.  
 Die Firmen Behnisch und Meinhof machten erhebliche An-  
 strengungen, Arbeit willige nach dort zu bekommen. Dieses gelang  
 nicht in der gewünschten Weise. Da erschienen als Leiter in der  
 Tat die Gelben. Als Botschafter dieser Schutztruppe erschien zunächst  
 der in Berlin ganz besonders bekannte Forster Zeterberg auf dem  
 Platz. Zeterberg erklärte, nach gelben Ratweises in Berlin geschickt  
 worden zu sein, um einzusehen, was denn los sei, es würden  
 am nächsten Tage zehn 10-Streikbrecher nachkommen. Zeterberg,  
 der den Streikenden in Lützenwalde nicht bekannt war, ermahnte die  
 Streikenden, ihm doch ein paar Mark zu geben, damit er wieder  
 nach Berlin zurück kommen und für seine Familie für einige Tage  
 etwas zu essen habe. Zeterberg bekam 5  $\mathcal{M}$  und fuhr wieder ab.  
 Wenige Tage später ließ sich ein Herr in Lützenwalde ein nach  
 am nächsten Tage auch bereits eine Anzahl Arbeit willige. Diese  
 erklärten, vom Ratweises der Gelben in der Hauptstraße 9 in  
 Berlin geschickt zu sein, die werden ganz genau, daß hier geküßt  
 würde. Außerdem werden sie in die beständigen Betriebe gehen und  
 sie gingen auch dahin. Die Dichtgeher der Gelben erzählten auch  
 hier, die Streik in Lützenwalde seien "vollständig unterdrückt".  
 Einem Forster erzählten die "Führer" der Gelben aus der Haupt-  
 stadt 9, in Lützenwalde sei überhaupt kein Streik oder Anstrengung.  
 Also je nachdem die Schmeicheleien der Arbeit willigen bei  
 den Gelben sind, werden sie bearbeitet, um den Unternehmern unter  
 allen Umständen Streikender zu helfen. Organisiert, Streikend  
 in die Gefahr der gelben Ordnung.

im Laufe der Zeit dreimal Streikrecht, was für ihn einen Be-  
 schuldungswert hat. Es ist von Bedeutung. Ganz gewiss muß  
 man, er würde deshalb das Feld räumen. Aber nein, er blieb, er  
 daß derbetriebsfremde Gehalt dieser Jungliberalen noch mehr zu  
 publizieren. Ganz richtig, es kam immer seltener. Was ging ihm  
 über und vertrat einfach den Meistern das Sprechen mit dem Arbeiter-  
 zeitung, das heißt er wurde auf Befehl des Meisters gefesselt  
 daß schließlich wie ein Verbrecher. Als er sich darüber beim Meister  
 und Betriebsführer beschwerte, wurden ihm keine schon ausgefertigten  
 Papiere eingehändigt. Nicht ein Wort der Entschuldigung hatten  
 diese beiden der Jungliberalen ob ihres schändlichen Verhaltens.  
 Ein anderer Arbeiter wurde kurz vorher an den grünen Tisch gestellt,  
 man machte ihm Vorhaltungen wegen einer Verweigerung des  
 Er verlangte nun, daß ihm der Demonstriant gegenübergestellt würde,  
 was aber nicht geschah. Nachdem der Arbeiter auf Ehrenwort er-  
 klärt, daß das, was man ihm vorhält, nur eine gemeine Denunziation  
 sei, erklärte der Herr Humann: "Sie und dann Ehrenwort?" Jeden-  
 falls ist bei Humann wie bei allen Liberalen das Wort Ehrenwort  
 ein Fremdwort. Da nun die Arbeiter einsahen, daß sie nur als  
 Verräter gegen ihre Mitstreiter gebraucht werden sollten, zahlten  
 sie nicht mehr. Nach einiger Zeit trat Meister Wop wiederum an  
 den Arbeiter heran und sagte: "Wir wissen gar nicht, was wir alles  
 aus Ihnen machen können, wenn Sie nur eine andere Bestimmung  
 vorzulegen." Auf die Antwort, daß man doch keine Überzeugung  
 nicht wechseln könne, wie ein schmutziges Hemd, meinte Wop: "Nun,  
 ich will Ihnen ein Jahr Zeit lassen, ich meine es gut mit Ihnen,  
 sorgen Sie für sich und Ihre Familie und kümmern Sie sich nicht  
 um die anderen. Sehen Sie einmal den Geh, an, der kann das  
 nicht, was Sie können, und hat doch alle 14 Tage seine 70 bis 80  $\mathcal{M}$ .  
 sechs Wochen später: "Ich habe die Absicht, Ihnen 20  $\mathcal{Z}$  zuzulegen,  
 was soll ich aber dem Herrn Dr. Humann sagen, wenn er nach  
 Ihnen fragt?" Vor ungefähr sechs Wochen, als ein Vorarbeiter  
 wegen fortgesetzter Schikanierungen das Feld räumte, wurde der  
 Kollege mit drei Mann, die alle während der jungliberalen Blütezeit  
 Vorarbeiter geworden sind, bestärkt, er solle Vorarbeiter mit den  
 entsprechenden Tagezulagen werden. Aber alle Versuche, ihn zu  
 täuschen, scheiterten an der Charakterfestigkeit des Arbeiters, bei dem  
 nach dieser dieser Herren ein Ehrenwort leerer Schall ist. Ob  
 diese Herren, die bekanntlich eine andere Ehre haben, auch gegen  
 derartige Versuche standgehalten hätten? Ferner sei noch auf einen  
 Mißstand hingewiesen, der jedenfalls auch die Firma interressiert.  
 In dieser Abteilung ist ein Arbeiter zum Reinhalten der Abteilung  
 angestellt, der aber auch zum Reinigen bei Meister Wop im Hause  
 beschäftigt wird; da die Frau des Meisters, ein Mädchen für alles"  
 notwendig hat und die Wohnung im Betriebsstapel liegt, läßt sich  
 dies auf billige Art und Weise machen. Schuhe und Fehlterspußen,  
 Holz und Kohlen beschaffen, Kartoffeln, Gemüse u. s. w. einzukaufen  
 während der Arbeitszeit, ist die Beschäftigung des "Reinemachers".  
 Meister Wop läßt ihn zum Dank dafür jeden Abend bis 8 1/2 Uhr,  
 Mittwoch bis 12 Uhr, Samstagabend durcharbeiten bis Sonntag-  
 mittag. Andere werden im Garten, bei der Wäsche sowie beim  
 Hüfnerfalten beschäftigt. Öffentlich wird dieser Fingerzeig für die  
 Direktion genügen. Ob es nicht? — Den Kollegen des Werkes rufen  
 wir zu: schließlich beim Deutschen Metallarbeiter-Verband an, denn  
 nur dann werden und können derartige Zustände beseitigt werden.

**Solingen.** Der Geist der Zeit treibt tolle Blüten, und macht  
 den Nihilisten selbst heiß; vor Schaden kann sich der nur hüten, der  
 lustig noch zu lächen weiß. — In diese Worte muß man unwillkürlich  
 denken, wenn man alle die betrachtet, die seit der kurzen Zeit des  
 Bestehens vom Industriearbeiterverband von dessen Führern mit  
 Schmutz und Rot herauf gerufen worden sind. Neben den Führern des  
 Deutschen Metallarbeiter-Verbandes müssen die Führer der anderen  
 am Orte und nicht am Orte bestehenden Zentralverbände ebenfalls  
 dazu herhalten, von diesen Ausschweifungen in der gemeinsten,  
 niederträchtigsten Weise beschmutzt zu werden. Jede Nummer ihres  
 Jahrbüchleins fällt über einen Kollegen her, mag er schuldig sein  
 oder nicht, weil es diesen Leuten nur darauf ankommt, soviel Miß-  
 stimmung wie möglich in die Reihen der Zentralverbände zu tragen.  
 Vor allen Dingen hat man es auf die Berufe der Tischler- und  
 Federmeißelarbeiten abgesehen, diesen Berufe, die von den besser-  
 gestellten Berufen in der Solinger Arbeiterschaft immer als Stiefkinder  
 behandelt worden sind, die bei jeder Lohnbewegung von den langen  
 Messerschleifern im Stiche gelassen wurden. Sogar den Rat an  
 das Unternehmertum schenkte man im Jahre 1900 nicht. Daß es  
 diesen Leuten nicht um den Zusammenschluß der Arbeiter gegen das  
 Unternehmertum ankommt, zeigt schon deutlich ihre Zerplitterungs-  
 taktik, um diese Branchen, die heute im Deutschen Metallarbeiter-  
 Verband so stark organisiert sind, wie nie zuvor, auseinander zu  
 reißen. Wenn das ein Mittel nicht hilft, so greift man eben zum  
 anderen. So hat man denn auch bei einem unserer führenden Kol-  
 legen versucht, ihn zu überreden, hinter dem Rücken der Verbands-  
 leitung seine Kollegen von den Tischler- und Federmeißelarbeitern  
 zu verleiten, in den Industriearbeiterverband überzutreten, möge  
 sich unter Kollege selbstverständlich nicht hergah. Aber in demselben  
 Augenblicke setzte von allen Seiten eine intensive Heize gegen den  
 Kollegen ein, die am Gemeindest nicht zu wünschen übrig ließ und  
 ihren Höhepunkt damit erreichte, daß man unseren Kollegen be-  
 schuldigte, er habe unter den bestehenden Preisverhältnissen gearbeitet.  
 In allen Versammlungen des Industriearbeiterverbandes wurde in  
 der verlogenen Weise vorgegangen. Die "Schreier" und die Fische-  
 können sich bis heute noch nicht räumen, diesen Gipfelpunkt ordinärer  
 Gemeinheit und Lächerlichkeit erreicht zu haben. In unserem  
 Parteiblatt, der Bergischen Arbeiterstimme, erschienen eine ganze  
 Zeit lang Versammlungsberichte des Industriearbeiterverbandes mit  
 der Tagesordnung: "Der Fall Lange". Kurz wurde im Stahl-  
 warenarbeiter die Sache nach bestem Wissen in tendenziöser Weise  
 ausgeschlachtet, trotzdem das, was der Kollege Lange gemacht hatte,  
 in hundertsten von Tausenden von Mitgliedern des Industriearbeiter-  
 Verbandes gemacht wird. Hier handelt es sich vor allen Dingen um die  
 Feststellung einer gewissen Sorte von Wären, die in den festgelegten  
 Preisen nicht zu verstehen sind, sondern die der freien Verein-  
 barung zwischen Fabrikant und Arbeiter unterliegen. Trotzdem noch  
 zwei Mitglieder des Industriearbeiter-Verbandes dieselbe Ware her-  
 gestellt haben, hört und sieht man aber nichts davon, daß auch diese  
 Leute gefesselt haben sollen. Hier erhebt man ein bestes, daß System  
 in der Sache liegt. Köhlige Lange, viele Jahre Stadtratsmitglied  
 von Solingen, der auch zwei volle Jahrzehnte lang Ehrenämter in  
 Partei und Gewerkschaft bekleidet, sollte mit diesem Schlag moralisch  
 vernichtet werden. Doch die Sache kam anders; die Herren hielten  
 die Reizung ohne den Wert gemacht. In der Versammlung des  
 Industriearbeiter-Verbandes wurde ihm zunächst ein einstimmiges  
 Vertrustenwort erteilt, wobei eine Anzahl Industriearbeiter zugegen  
 waren, die das Schicksal der Führer jener Partei gebührend ken-  
 nen; das weitere in der Kreisversammlung des Deutschen  
 Metallarbeiter-Verbandes. Trotzdem gingen die Verleumdungen  
 weiter. Es wurde sogar eine Versammlung einberufen, zu der die  
 Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes besonders ein-  
 geladen waren. Aber wie in allen ihren Versammlungen, so durften  
 auch hier unsere Kollegen wohl die Schimpfanzeige eines Böhmers  
 "Jener Soler" über sich ergehen lassen, die sich in der Hauptsache  
 nicht um den Fall Lange beschäftigte, sondern um den verhassten  
 Deutschen — ein auszunutzen versuchte. Solinger Schrifttumspolit,  
 gepaart mit fanatischer Lächerlichkeit, traut die an sich schon genug  
 bis auf den Grund herabgezogene gewerkschaftliche Tätigkeit dieser  
 Solinger. Jeder ausübende Mensch hätte man in der Versammlung  
 nach dem "Referat" Böhmers, daß man eine solche beneidliche Be-  
 hauptungen und Verleumdungen gegen den Deutschen Metallarbeiter-  
 Verband war, erwartet, daß auch unsere anwesenden Verbands-  
 besitzer das Wort erhalten würden. Aber wiederum weit gefehlt.  
 Mit der nur in Solingen üblichen Begründung: "Ihr seid keine  
 Fachleute, ihr versteht von unserer Branche nichts", wurde den  
 Kollegen das Wort eben nicht erteilt, obwohl der Referent selbst  
 nicht ein Fachmann war. Diese und ähnliche Dinge lassen sich die  
 Mitglieder des Industriearbeiterverbandes ruhig gefallen, ohne einmal  
 darüber nachzudenken, ob diese Verleumdungen ihrer Führer gegen  
 den Deutschen Metallarbeiter-Verband auch nur im geringsten zu  
 beweisen sind, geschweige denn, daß sie an Ort und Stelle Rede und

Klausen haben. Für freie Diskussion ist die Gesellschaft zu klein.  
 Gemeinlich einzulassen muß er, daß immer dann gekommen  
 wird, daß "nur Fanatismus" den Streit haben, in ihren Zusammenkünften  
 von Worte zu sprechen. Damit bemerkt man und, daß der Fall mit  
 demnach vor der Kritik nicht bestehen kann. Aber die Nummer  
 wie es auch sehr gut begriffen, besonders wenn wir uns die immer  
 schwächer werdenden Versammlungen betrachten, daß es den Organis-  
 von der lokalitätlichen Richtung darauf entkommt, ihre Versammlungen  
 schon vor der nächsten Zeit so viel wie möglich mit "Mitschleif-  
 leuten" zu besetzen, wie dies auch hier der Fall war, wo von un-  
 gefäbr 40 bis 50 Teilnehmern, wenn wir unsere Kollegen davon  
 abrechnen, nur ganze 14 Federmeißelarbeiter des Industriearbeiter-  
 Verbandes, also wirkliche Fachleute, in Betracht kamen. Einem von  
 unseren Beamten drohte man sogar mit dem Hinanswerfen, worauf  
 unsere Kollegen selbstverständlich das Lokal verließen und die Brüder  
 unter sich ließen. Man muß die Redseligkeit in den von jener Seite  
 hervorgerufenen Versammlungen erdroffeln, sonst — geraten diese "Gesell-  
 schäften" einander selbst in die Haare. So nur ist es möglich, daß  
 ein Führer der langen Messerschleifer in Privatkleid und zu dem  
 angeführten Kollegen lange selbst äußern konnte: Er verurteilte  
 die Schreibweise des "Wurms" im Falle Lange und könne sich  
 damit nicht einverstanden erklären. Hätte er davon im voraus  
 gewußt, so wäre es nicht hineingekommen. Die Debatte des  
 "Wurms" hängt der Rede die Schelle um, indem sie in Bezug auf  
 den Fall Lange schreibt: "Wenn Kollegen lange rückt sich die An-  
 schauung mancher Kollegen, die Politik als Hauptfrage zu be-  
 trachten, die Gewerkschaften aber als Nebenfrage, eine Ansicht, die  
 leider immer noch zu sehr genährt wird. Es gibt eben auch heute  
 noch Leute, die da glauben, sich bei jeder Gelegenheit möglichst  
 geringfügig über die Tätigkeit der Gewerkschaften äußern zu  
 müssen. Ein Opfer dieser Anschauungen ist auch der Kollege Lange,  
 der bei seinem völligen Aufgehen in der Politik seine gewerkschaftlichen  
 Pflichten vernachlässigte. Von diesem Gesichtspunkte bewertet, er-  
 scheinen die Verfehlungen Langes in mildeem Lichte, ohne freilich  
 damit gerechtfertigt zu sein." Hier haben wir das Geständnis, daß  
 die politische Tätigkeit schädlich ist — ergo bleibt Lokalistik nach  
 Schema F". Die Parteipresse, die in erster Linie den Beschluß der  
 Parteitage und der Gewerkschaftskonferenzen Rechnung zu tragen hätte,  
 wendet sich, um mit dieser Gesellschaft nicht anzusprechen. In keiner  
 anderen Stadt von Deutschland wäre dies möglich. In Solingen  
 kann aber trotz der Parteipresse mit den Gesamtinteressen der Arbeiter-  
 schaft ungestraft Schindluder getrieben werden.

**Schmiede.**

**Düsseldorf.** (Zur Verschmelzungsfrage der Schmiede  
 Deutschlands.) Nachdem nunmehr die Generalversammlung des  
 Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen  
 vorüber ist, halte ich es für angebracht, daß wir uns einmal über  
 den dort verhandelten vierten Punkt: "Die Verschmelzungsfrage"  
 aussprechen, weil dieser Punkt viel Interesse bei unseren Berufs-  
 kollegen erregt hat. Der Anschlag an den Deutschen Metallarbeiter-  
 Verband ist vom Zentralverband der Schmiede mit großer Majorität  
 abgelehnt worden. Für alle, die mit den Dingen, die sich abgespielt  
 haben, vertraut sind, die die Schmiedezunft lesen, und die auch  
 wissen, daß man von gewissen Stellen aus mit allen Mitteln ge-  
 arbeitet hat, um die Kandidaten als Delegierte durchzubringen, die  
 sich gegen den Anschlag an den Deutschen Metallarbeiter-Verband  
 erklärten, war es von vornherein klar, daß in Dresden kein anderes  
 Resultat herauskommen konnte. Wenn nun auch unsere Organisation  
 an und für sich kein Schaden daraus erwidert, so ist es doch im  
 Interesse der Berufskollegen beider Verbände sehr zu bedauern, daß  
 es so gekommen ist. Wird doch die Einheitlichkeit der Agitation,  
 das Versammlungswesen, die Pflege der Statistik und die Ver-  
 besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse u. s. w. stets und  
 ständig durch die Zersplitterung mehr nicht ganz verhindert, so doch  
 stark beeinträchtigt. Näher hierauf einzugehen, halte ich nicht für  
 notwendig, weil ja gerade in letzter Zeit genug darüber in unseiner  
 Fachzeitung geschrieben worden ist. Notwendig erachtet es mir, uns  
 darüber auszuspochen, ob die gesamte Kollegenenschaft Deutschlands  
 durch die Kurzsichtigkeit jener in Dresden versammelten Kollegen  
 weiter unter den jetzigen Verhältnissen leiden soll, und ob es kein  
 Mittel gibt, trotz alledem die Verschmelzungsfrage mehr als bisher  
 in Fluß zu bringen. Nämlich praktisch meinen unsere Kollegen in  
 Hamburg diese Frage zu behandeln. Und allem Anschein nach wird sie  
 dort schnell gelöst sein, allerdings nicht zum Wohlgefallen des Zentral-  
 verbandes der Schmiede. Aber für uns kommen noch andere  
 Momente in Frage. Es ist deshalb ratsam, daß auch darüber sich  
 unsere Kollegen klar werden. Ich halte es für zweckmäßig, daß die  
 Verschmelzungsfrage nicht wieder bis zu den nächsten General-  
 versammlungen ruhen gelassen wird, sondern daß man sie mehr als  
 bisher diskutiert. Jeder Berufskollege sollte das Material, das in  
 letzter Zeit unser Verbandsorgan gebracht hat, fleißig benutzen, überall,  
 wo es nur ausgingen ist, sich mit den Kollegen beider Verbände  
 darüber auszuspochen und in kollegialer Weise, jede persönliche  
 Streitigkeit vermeidend, die Verschmelzung propagieren und auf die  
 Schädlichkeit der Zersplitterung hinweisen. Ich bin überzeugt, daß  
 dann aus manchem Saulus ein Paulus entstehen wird. Und es wird  
 dann keine Generalversammlung der Schmiede mehr stattfinden, aus  
 der man trotz aller Entwicklung in der Eisenindustrie und der heutigen  
 Produktionsweise überhaupt, trotz der Vervollkommnung der Unter-  
 nehmervverbände, lediglich aus Rücksicht auf die Unwissenheit und  
 Unfähigkeit diese brennende Frage beiseite schiebt. Wie werden wir  
 in Zukunft die Agitation unter den Schmiedebetrieben betreiben? Wir  
 muß alle darüber einig, daß hier in Zukunft mehr als bisher getan  
 werden muß. In manchen Orten ist bisher in dieser Beziehung viel  
 vernachlässigt worden. Man hat vielfach die Agitation dem Zentral-  
 verband der Schmiede allein überlassen. Dies muß anders werden.  
 Man soll damit nicht gefast sein, daß die Funktionen unseres Ver-  
 bandes und die Ortsvereinigungen nicht allgemein ihre Pflicht getan  
 hätten, im Gegenteil, ich weiß aus eigener Erfahrung, daß diese  
 beiden Faktoren Arbeit in Fülle und Fülle haben. Die Agitation  
 soll vielmehr zum größten Teile von der Branche selbst mehr als  
 bisher betrieben werden. Die Agitation ist ja bei uns Schmiedeb-  
 besonders schwierig, weil die meisten Kollegen auf dem Lande groß-  
 gezogen sind, dort ihr Handwerk erlernt haben, und auch zum Teil  
 dann noch als junge Gesellen dort tätig sind. Es haben also sehr  
 viele Kollegen bis nach dem zwanzigsten Lebensjahr keine blasse  
 Ahnung von der Arbeiterbewegung, sie werden nicht wie andere  
 Berufe schon in den Lehrtagen mit der Organisation vertraut.  
 Weiter wird die Agitation erschwert dadurch, daß die Schmiede auch  
 in den Städten ziemlich zerstreut in allen möglichen Betrieben —  
 in Fabriken aller Art, bei Kleinmeistern, in Brauereien, Fuhrwerks-  
 geschäften, Bergwerken, Steinbrüchen u. s. w. — zum Teil noch gegen  
 Kost und Logis beim Meister beschäftigt sind und dadurch der so  
 notwendigen Aufklärung oftmals sehr schwer zugänglich sind. Hier  
 muß selbstverständlich die Agitation ganz anders und auch viel  
 intensiver entfaltet werden. Deshalb halte ich es für zweckmäßig,  
 die bei uns organisierten Schmiede in den einzelnen Orten mehr als  
 bisher unter sich zusammenzuführen, sie zur Agitation unter ihren  
 Kollegen heranzuziehen, wenn sie nicht von selbst aus ihrer Herne  
 herausstreten. In Branchensammlungen sind die Kollegen zu-  
 sammenzubringen, müssen ihre traurigen Lohn- und Arbeits-  
 bedingungen besprochen werden. Es müssen besonders befähigte  
 Kollegen an die Spitze gestellt werden, die die ganze Sache leiten  
 und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Es soll also mehr Rührig-  
 keit unter die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten  
 Berufskollegen kommen. Daß dies notwendig ist, wird wohl jedem  
 Kollegen einleuchten. Wenn wir ferner dafür sorgen, daß die jüngeren  
 Kollegen, die heute hier, morgen dort beschäftigt sind, immer direkt  
 bei uns Anschluß finden, so ist die Gefahr, daß sie uns verloren  
 gehen oder überreten, jedenfalls nicht mehr so groß. Wir sehen,  
 daß überall dort, wo sogenannte "Branchen" der Schmiede bestehen,  
 wo man dies bisher verkannt hat. Ich verweise nur auf Hannover,  
 Nürnberg, Stuttgart, Düsseldorf und andere Orte. Auch ist  
 dort der Einfluß des Zentralverbandes der Schmiede nicht so groß  
 geworden. Vielleicht wäre es auch möglich, daß sich unser Haupt-

**München 4. Mai.** In dem Gelegenheitswert der Firma Felten  
 & Sauerbrey-Layern wurde bereits eine Stützungsentscheidung auf  
 ein Schiedsgericht, wie in einem anderen Betrieb unserer ganzen  
 Bewegung. In voriger Woche beschäftigten wir, daß der Meister Hof  
 im Auftrag des Jugendrates Hermann, des Vorsitzenden des jugend-  
 lichen Rates, während der Arbeitszeit eine verbotliche Agitation  
 für die Jungarbeiter betrieb. Mit den jüngsten Bestimmungen,  
 wie höhere Lohn, kürzeren Pausen u. s. w., versuchte man die Ar-  
 beiter zu fangen. Hier wurde die Agitation abgelehnt. Gegen den  
 Herrn Hermann, der zugleich Betriebsführer des Gelegenheitswerkes  
 ist, wurde mit zwei Strafen, wir können ja noch denken und  
 werden, was wir wollen, vor allen Dingen gilt es, sich demoralisier-  
 end und gut Hofen zu verschaffen. Das ist in jedem Sinne,  
 der erreicht wurde, ist es denn auch zu verhindern, daß ein Teil  
 der Arbeiter sich als Mitglieder aufnehmen lassen. Ichere haben  
 uns den Vorwitz, daß der Jugendrat nicht auf höhere Lohn  
 oder bessere Arbeit bedacht. Gegen dieser Arbeiter, dem man nicht  
 ein Zugeständnis, sondern Strafen nicht anzubringen konnte, wurde

vorhanden einmal etwas mehr der Agitation unter den Schmeidern...

Metallarbeiter.

Kiel. (Von unserem Reichsmarinebetrieb.) Durch die Einführung der vierzehntägigen Lohnzahlung auf der hiesigen Kaiserlichen Werft...

Zentrale wieder die Beschäftigungsfrage erhalten. Bezüglich der Arbeiter...

Schreien und Lärmen die Versammlung hätten sprengen wollen...

Vom Ausland.

Osterreich.

Die Reichsgewerkschaftskommission veröffentlicht soeben in ihrem Publikationsorgan...

Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Steinfeher. Die am 1. April vorgenommene Aussperrung der Pfisterer in Rheinland und Westfalen...

Legitlarbeiter. Wie das Organ des Legitlarbeiter-Verbandes Nr. 24 berichtet...

Internationale Bestrebungen in der christlichen Arbeiterbewegung.

Unter dieser Überschrift erschien in Nummer 25 der Metallarbeiter-Zeitung...

Gitsch-Duideriana.

Terrorismusgeschwindel. Von einer „unerhörten Höhe“ deren Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes...

Die mitgliederreiche österreichische Gewerkschaft ist der Verband der Eisen- und Metallarbeiter...

Die Finanzen des Metallarbeiter-Verbandes für Unterhaltungs- und Verwaltung...

Es ist in allen diesen Zahlen erkennen, daß das Jahr 1907 für die gewerkschaftliche Bewegung...

Eben jetzt haben die Metallarbeiter eine Reihe von kleineren, aber erbitterten Lohnkämpfen durchzuführen...

